





ganzen Verhandlungsgebiete sehr bedeutende Annäherungen vollzogen haben. Seither sind Fortschritte erzielt worden, so daß man ruhig behaupten kann, die Ententemächte haben ihr Spiel auf dem Balkan endgültig verloren. Schon in der nächsten Woche werden im Grenzverlehr Maßnahmen zur Anwendung gelangen, die das Aufhören der Gegenjäger offenkundig beweisen werden.

### Neutralität Rumäniens und Griechenlands?

New York, 22. September. (B. L. B.) Die „Associated Press“ meldet aus Sofia: Ministerpräsident Radoslawow hatte gestern eine Besprechung mit den Regierungsparteien, in welcher er ihnen einen vertraulichen Heberblick über die allgemeine und politische und militärische Lage auf der Balkanhalbinsel in Europa gab. Bei Verührung der serbisch-bulgarischen Beziehungen sagte Radoslawow: Serbien bietet uns jetzt die sofortige Befreiung von Mazedonien bis zum Wardar durch uns an und macht die Abtretung von Mazedonien jenseits des Wardar davon abhängig, daß es selbst Bosnien, Herzegowina, Kroatien und Dalmatien erhält. Diese Bedingungen sind für uns ungenügend. Rumänien und Griechenland werden neutral bleiben. Der Minister sprach nicht von Serbien und Seres, die jetzt im Besitz Griechenlands sind. Die Besprechung wird heute nachmittags fortgesetzt werden. — „Associated Press“ hört zuverlässig, daß Rumänien und Griechenland dazu neigen, ihr Bündnis mit Serbien unberücksichtigt zu lassen. Ferner werde gemeldet, daß in den letzten zwei Tagen eine gewisse Verständigung zwischen Bulgarien und Griechenland erreicht worden ist.

### Ein rumänisches Dementi.

Bukarest, 22. September. (B. L. B.) Das Kriegsministerium erklärt Nachrichten der bulgarischen Presse über die rumänische Armee unbedingt für unrichtig, z. B. diejenige des „Utro“, daß Rumänien mobilisierte und zehn Jahrgänge einberufe, deren Anzahl 250 000 Mann betrage.

### Die Türkei über die Aktion der Zentralmächte gegen Serbien.

Konstantinopel, 22. September. (T. U.) Die türkischen Blätter besprechen mit großer Genugtuung die von den Zentralmächten gegen Serbien begonnene Aktion. Sie weisen darauf hin, daß, wenn diese Aktion durchgeführt und Serbien zu Boden geworfen wird, Rußland vollständig und endgültig von seinen Bundesgenossen getrennt sein würde. Die Blätter heben hervor, daß durch den Eintritt Bulgariens in den deutsch-österreichisch-ungarisch-türkischen Dreibund der wichtigste Teil Europas einen zusammenhängenden Block von der Nordsee bis zum Persischen Golfe bildet. Die wirtschaftliche und militärische Entwicklung bietet hier die umfassendsten Aussichten. Die Betrachtungen schließen mit der Feststellung, daß durch die Stellungnahme Bulgariens Rußland und Frankreich sowie dem Dardanellenfeldzug der letzte Stoß verfehlt worden sei.

### Die neue Aktion gegen Serbien.

Die gesamte deutsche Presse bezeichnet den gestern amtlich gemeldeten Beginn der deutsch-österreichischen Offensive gegen Serbien als eine neue bedeutungsvolle Phase des Krieges. Welche strategischen und politischen Erwägungen ihr zugrunde liegen, ergibt sich deutlich aus folgenden Auslassungen führender Organe der großen Parteien. Wir lassen zur Information einige der wichtigsten hiermit folgen:

#### „Magdeburger Zeitung“:

„Seit Wochen blicken wir, trotz unserer immer weitergehenden Erfolge im Osten, mehr noch Südosten als irgendwo anders hin und wünschen von Woche zu Woche die Gewißheit herbei, daß es dort bald losgehen werde. Anlässlich der Wendung unserer Politik im „Arabic“-Streitfall wurde hier geschrieben: „Die Verständigung mit Amerika hat den Zweck, unsere Feinde möglichst wirksam bekämpfen zu können, z. B. auf dem Balkan. Daß die Konsequenzen gerade in dieser Richtung auch militärisch gezogen werden, dürfte sich vielleicht bald zeigen.“ Dann war von dem bulgarisch-türkischen Vertrag und von zunehmenden Kriegsvorbereitungen Bulgariens zu hören, und zuletzt vernahm man mit Befriedigung das Wort Embers, das in London, Paris und Petersburg wie ein schrilles Signal gewirkt haben mag: „Die Gegenwart des Herzogs von Mecklenburg in Konstantinopel ist das Anzeichen der Ankunft der deutschen Armee.“ Wir müssen mit den Türken direkte Fühlung bekommen. . . .

Vom Balkan ging die Weltkatastrophe aus, auf dem Balkan oder doch infolge der dort zu erwartenden Ereignisse wird sie voraussichtlich zur Entscheidung kommen, zur militärischen und politischen Entscheidung des ganzen Krieges. „Das kleine Serbien“ — so dachte man zuerst, bei Beginn des Krieges, und so würde man auch jetzt noch denken, wenn wir nicht auf dem Balkan ganz andere Ziele zu verfolgen hätten als Serbien zu erledigen, das längst hätte erledigt sein können. Es handelt sich um den Zusammenbruch der ganzen, jahrzehntelangen Balkanpolitik Rußlands und auch Englands, das ja in letzter Zeit die diplomatische Führung in den Balkanverhandlungen der Entente hatte. Es handelt sich weiter darum, den Russen die Aussicht auf Konstantinopel ein für allemal zu nehmen und vielleicht erst damit ihren Kriegseifer endgültig zu brechen. Und es handelt sich noch vielmehr darum, das bisher zu wenig geschwächte England an den Dardanellen zu treffen.“

#### „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Eine neue Phase des Weltkrieges tritt ein. Der Kriegsschauplatz im Westen verharzt in seiner Unbeweglichkeit, der Feldzug im Osten wird von Hindenburg mit kraftvollen Schlägen zu Ende geführt und seit gestern donnern deutsche und österreichisch-ungarische Kanonen vor Belgrad und Semendria, den Auftakt zu einem neuen Waffengang verkündend. Mit ungeheurer Spannung hat die Welt in den letzten Monaten auf die Lösung des Balkanproblems gewartet. Unzählige Hoffnungen und Enttäuschungen haben unsere Feinde kosten müssen. Einmal sollte Griechenland, dann wieder Rumänien und dann Bulgarien der Bletter in der Rot sein, man war sogar schamlos genug, dem verbündeten Serbien die Selbstzerstückelung zu empfehlen, um den anderen Balkanvölkern dienen zu können. Alle diese Wirrnisse, die eine besondere Lösung für den Westwieg

aller trockenen Diplomatenkunst gewesen sind, werden jetzt von den Eisenfäusten Deutschlands und seiner Verbündeten zur Klarheit gebracht werden.

Als nach den Balkankriegen die Staatsmänner der Großmächte an dem Regenkegel Europas herumstanden, Sprüche sagten und Entscheidungen fällten, da war man mehr darauf bedacht, dem eigenen Interesse zu dienen und Zwietracht zu säen, als einen wahrhaften Frieden zu schließen, und es ist gewiß kein Zufall, daß der gärende Funke des Weltbrandes aus dem von Rußland zu nationalitätlicher Weisheit erhellten Serbien sprang. Am meisten von allen Ländern war Bulgarien um seine berechtigten Hoffnungen betrogen worden, und so zeigte die Einkreisungspolitik Englands in Sofia einen unheilbaren Miß. Der alte Gegensatz gegen Serbien brach wieder zu wildem Maß heraus und gegen Rumänien wuchs eine Erbitterung, die eine natürliche Folge seiner Misshandlung Bulgariens war.

Daß der Feldzug gegen Serbien nicht nur dem kleinen Bergvolke gilt, bedarf kaum einer Erörterung. Der Weg durch das Morawatal führt an der Eisenbahn entlang nach Sofia und von hier nach Konstantinopel. Die Verteidigung der drei verbündeten Mächte Deutschland, Österreich-Ungarn und Türkei macht einen ungehinderten Zusammenhang und einen freien Austausch der gegenwärtig gewünschten Waren notwendig. Da dieser Verkehr auf friedlichem Wege nicht zu erreichen war, marschieren nun die feldgrauen Kolonnen nach Serbien hinein, um die Durchfuhr zu erzwingen. Die Vierverbandsmächte haben offenbar Vorkehrungen zur Begegnung des neuen Angriffs, der zu einem endgültigen Entfahre der Dardanellen führen soll, vollzogen, und die Landung seiner Truppen in Durazzo oder Saloniki dürfte nicht lange auf sich warten lassen, zumal es England auf eine Neutralitätsverletzung mehr keineswegs ankommt. Den Gang unserer Deere wird der Vierverband auf dem Balkan aber so wenig aufhalten wie in Frankreich oder in Rußland.“

#### „Österr. Volkszeitung“:

„Durch den Angriff einer deutschen Armee auf Serbien wird der Weltkrieg wieder auf seinen Ausgangspunkt zurückgeführt. Serbien hat diesen furchtbaren Krieg in erster Linie auf seinem Gewissen, und es muß die gerechte Strafe dafür erdulden. Der Größenwahn Serbiens, die großserbische Idee, die eine andauernde Gefahr für den Frieden Europas, ein Element ständiger Unruhe für unseren treuen Bundesgenossen Österreich-Ungarn und damit auch für uns wäre, muß vernichtet werden. Erfüllt sich darin Serbiens Schicksal, wird auch das „Gleichgewicht“ am Balkan ein anderes werden, ein natürlicheres, das keinerlei Brandherde mehr in sich birgt. Ein stärkeres Bulgarien, das im Bunde mit der Türkei steht und seine Grenzen an das ebenfalls verbündete Österreich-Ungarn ausdehnen wird, wird für die Ruhe und Ordnung auf dem Balkan sorgen.“

Durch den Vertrag mit der Türkei hat sich Bulgarien kraftvoll und ungewidert auf die Seite des neuen Dreibundes gestellt, die Folgen werden jetzt, wo das deutsche Schwert im Begriff ist, den Balkanknoten zu durchhauen, sichtbar werden. In den großen Versammlungen, in denen in Sofia dieser Tage der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien gedacht wurde, wurde zum Kampfe gegen den treulosen, ehemaligen Verbündeten aufgefordert. Der Tag der Abrechnung ist jetzt gekommen.“

#### „Germania“:

Nun sind die Fahnen, die ob des deutschen Einzugs in Wilna bei uns so freudig im Winde flatterten, zugleich ein Zeichen geworden für den neuen Abschnitt in der Entwicklung des Krieges. Denn einen solchen bedeutet ohne Frage der uns aus dem deutschen Hauptquartier heute amtlich bekannt gegebene Beginn einer deutschen Offensive gegen Serbien. Schlacht und anspruchsvoll kündigt sie sich an, und doch ist sie von weittragender Bedeutung. Nun werden auch die Serben, die in ihrer sfruppelosen Großmannshucht den feigen Mord nicht verschmähten und so zum äußeren Veranlasser des großen Weltbrandes wurden, die deutsche Faust zu spüren bekommen, und jeder ehrliche Mensch, nicht nur bei uns, dürfte den Wunsch haben, daß es nicht zu knapp geschehen möge. Aber um dieser Vergeltung willen allein wird natürlich das Schwert gegen dieses Volk nicht gezogen, vielmehr dürfte der deutsche Angriff auf Semendria die Bestätigung der endgültigen Klärung auf dem Balkan sein. Das erweist man nicht zuletzt aus der Tatsache, daß auch die österreichisch-ungarischen Truppen ihre Offensive auf Belgrad usw. mit neuem Eifer zur selben Zeit wieder aufgenommen haben. Dazu kommt für die Serben die von Tag zu Tag wachsende Verschärfung ihrer Beziehungen mit Bulgarien, das nicht gewillt ist, sich länger von dem perfiden Nachbar hinhalten zu lassen. Man ersieht daraus, daß der diplomatische Feldzug am Balkan aus ist und daß für eine eiserne Sprache und die Zeit gekommen scheint. Wenige Tage werden genügen, um mit Sicherheit den Gang zu erkennen, den die Dinge dort zu nehmen gedenken.“

#### „Bosnische Zeitung“:

„Man verrät kein Geheimnis, wenn man Ereignisse, die den gefrigen kurzen Mitteilungen der verbündeten Heeresleitungen zu Grunde liegen, als den Beginn jener großen Offensive gegen Serbien bezeichnet, die in ausländischen, besonders englischen und italienischen Zeitungen seit Wochen bis ins einzelne erörtert wurde.“

Wir brauchen jedoch gar nicht auf die politischen Erwägungen des Vierverbands einzugehen, der die Balkanvölker mit allen Mitteln zur Anteilnahme am Kriege auf seiner Seite zu bewegen sucht. Die Dinge liegen für uns rein militärisch ganz einfach und klar zutage. Das Eintreten Rußlands in den Krieg nötigte seinerzeit Österreich-Ungarn, seine Hauptkräfte in enger Verbindung mit dem deutschen Verbündeten zunächst gegen den Hauptgegner zu verwenden. Serbien wurde zum Rebenkriegsschauplatz. Jetzt sind die Heere des Jaren soweit niedergedrungen, daß wir, um mit dem Reichskanzler zu sprechen, Armeen zu neuen Schlägen bereit haben. . . .

Allerdings erfolgt die jetzt begonnene Offensive nicht lediglich aus diesen Erwägungen, sondern sie ist auch durch die Notwendigkeit begründet, eine engere Verbindung zwischen den Zentralmächten und ihrem türkischen Bundesgenossen herzustellen. Unsere gemeinsame Kriegsführung hat allzu lange unter den Durchfuhr- und Ausfuhrschwierigkeiten gelitten, die für uns durch die Haltung Rumäniens entstanden, das andererseits den Truppen- und Kriegsmaterialverlehrs zwischen Rußland und Serbien nicht behinderte. Wir sind gezwungen, dieser Benachteiligung ein Ende zu bereiten und uns in Serbien den Korridor zu öffnen für den ungehinderten Verlehrs mit unseren Bundesgenossen.“

Die Ausdehnung der vorgestern wieder aufgenommenen Feindseligkeiten auf einer Front von 150 Kilometern in der Rufstlinie und die Beschließung von Belgrad und Semendria zeigen, daß die verbündeten Heeresleitungen gewillt sind, die neue Offensive mit einer Kraft zu führen, die eine schnelle Entscheidung im Gefolge haben muß.“

#### „Deutsche Tageszeitung“:

„Die deutschen Granaten, welche nach dem Berichte unserer Obersten Heeresleitung gestern bei Semendria über die Donau erfolgreich gegen die am Südufer des Stromes befindlichen serbischen Stellungen geschleudert worden sind, liefern den Beweis dafür, daß Bulgarien von seinen Freunden nicht nur nicht im Stich gelassen wird, sondern daß Bulgariens Freunde sich zuvorkommend beeilen, dem befreundeten Balkanstaate zu zeigen, daß ihre Freundschaft nicht bei Worten sich begnügt, sondern den stärksten Ausdruck der Tatkraft: die Sprache der Geschütze zum Dolmetsch der Freundschaft Bulgariens gegenüber macht. Diese Sprache dürfte man — jeder in seiner Weise und von seinem Standpunkte aus — auf der ganzen Balkanhalbinsel verstehen. Man versteht sie auch vollkommen im Lager unserer Feinde, des Vierverbandes. Niemals vorher sind Großbritannien und Frankreich angestrengter bemüht gewesen, Truppenmengen nach der Dardanellengegend zu schaffen, niemals war ihnen klarer, von wie ungeheurer Wichtigkeit für den Ausgang des ganzen Krieges die mit allen Balkanfragen entscheidend verknüpfte Dardanellenfrage ist. . . .

Im gleichen Sinne möchten wir annehmen, daß sich nunmehr das Vorgehen Serbien gegenüber von Norden und Süden abspielen werde. Von Süden her stellt Bulgarien die Vereinigung der unter dem serbischen Joch feufzenden Völkgenossen mit dem bulgarischen Staate her. Vom Norden drängen die deutschen Waffen vor, um durch die Vermittlung des Freundes Bulgariens die Verbindung mit dem türkischen Bundesgenossen zu errichten. Die Herstellung dieser Verbindung ist kein Ausfluß bundesgenössischen Dekorationsbedürfnisses, bezweckt auch nicht nur die Sicherung freier Durchfuhr von Ungarn nach der Türkei, sondern will und wird die politische Einheit der drei Bundesgenossen zu einer militärischen machen.“

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. September. (B. L. B.) Amtlicher Nachmittagsbericht. Gegenseitiges andauernd heftiges Bombardement nördlich Arras, östlich Roulette und Loretto. Im Abschnitt Reuille richteten unsere Batterien einen wirksamen Geschützhagel auf die feindlichen Stellungen östlich der Straße von Béthune. Vor Venbraignes, südlich Roze, lebhaftes Gewehrfeuer, das von Artilleriekampf, Kämpfen von Schützengräben zu Schützengräben sowie Werfen von Handgranaten und Bomben begleitet war. Am Aisne-Marne-Kanal fahen wir auf dem rechten Ufer zu beiden Seiten des Postens Sapigneul Fuß. Der Feind machte vergebens einen Gegenangriff und mußte sich zurückziehen, wobei er auf dem Gelände etwa 20 Leichname und Granatvorräte zurückließ. In der Champagne richtete die deutsche Artillerie eine heftige Kanonade auf die Ränder von Mourmelon, welche wir kräftig erwiderten. In den Argonnen verlief die Nacht ruhig. Wirkame Kanonade auf die deutschen Werke im Hochwalde und auf den Raashöhen an der Lothringer Front, wo wir an verschiedenen Stellen Arbeitergruppen und Verproviantierungszüge zerstreuten. In den Vogesen meldet man merkwürdigen Fortschritt mit Granaten in den Schützengräben des Hartmannsweilerkopfes. Eines unserer Luftschiffe beschloß in der Nacht die Abzweigungsstelle Amagne-Lucay östlich Reffel.

Paris, 22. September. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Das wechselseitige Artilleriefeuer dauerte mit gleicher Stärke im Artois, besonders um das Cabaret Rouge in Bretecourt an. Großkalibrige Granaten wurden vom Feinde auf die Vorstädte von Arras und auf die Umgebung der alten Zitadelle geworfen. Unser Feuer richtete bedeutenden Schaden in den deutschen Linien an. Zwischen Roze und der Dije Kampf mit den Kampfwerkzeugen der Schützengräben. Heftiges Kanonenfeuer gegen die feindlichen Werke und Lager. Am Aisne-Marne-Kanal neue Gegenangriffe gegen unsere Anlagen von Sapigneul. Alle wurden zurückgeworfen. In der Champagne beschossen die Deutschen einige unserer Stellungen mit Granaten aller Kaliber und mit tränenerberrufenden Geschossen. Unsere Artillerie erwiderte kräftig auf die feindlichen Schützengräben und Batterien. In den Argonnen und im Woivre gegenseitige Beschießung, in deren Verlauf unsere Kanonen mehrere feindliche Batterien zum Schweigen brachten. Im Walde von Apremont wurde ein deutsches Blockhaus und zwischen Leintrey und Hallobville ein Zug zerstört. Wir konnten bei Hamont die Vorbereitung zur Aufstellung schwerer weittragender Geschütze feststellen, die die Gebiete von Ranch und Lunéville hätten erreichen können. Unser wirksames Zerstörungsfeuer gestattete uns, diesem Versuch zuvorzukommen. Im Van de Sapt rief unser gegen deutsche Blockhäuser bei Launoit gerichtetes Feuer einen Artilleriekampf hervor, in dem wir die Oberhand gewannen und behaupteten. Ein von den Geschossen des Feindes verursachter Brand wurde vom Wind gegen seine eigenen Schützengräben getragen und richtete dort sichtlichen Schaden an. Eine Gruppe von neunzehn Flugzeugen bombardierte heute vormittag den Bahnhof von Vensdorf östlich von Würdingen. Etwa hundert Granaten wurden auf die Gebäude und auf haltende Züge geworfen, die sehr schwer beschädigt wurden.

### Frenchs Meldung.

London, 22. September. (B. L. B.) Feldmarschall French meldet: Die feindliche Artillerie entwiderte während der letzten zwei Tage an unserer Front eine erhöhte Tätigkeit. Wir beantworteten das Feuer kräftig. Am 20. September wurde ein Teil des Waldes von Houthoult durch unsere Artillerie in Brand geschossen, wobei eine heftige Explosion stattfand.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 21. September. (B. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht von heute: Mit Ausnahme einiger kleiner, glücklicher Ergebnisse zeitiger Gegenoffensiven unserer Truppen im Travenanzestal, auf Tosane im Voigtal, am Volajapah, im Hochbegana und auf dem Rombenberg im Hütscher Becken hat sich gestern nichts von besonderer militärischer Bedeutung ereignet. In Rärnten ließ der Feind seine Batterien gedeckt vorrücken. Es gelang ihm, einige Jüdhomben und etliche Gasbomben auf das Dorf Paulato im Chiarjotal zu werfen. Unsere Batterien jedoch, die in sehr starken, den Eingang zum Paularotal versperrenden Stellungen aufgestellt waren, brachten die feindlichen Batterien durch einige wohlgezielte Schüsse zum Schweigen. Cadorna.



## Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 21. September. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet: An der Front von Irak machten wir am 19. und 20. September einen Feuerüberfall auf ein zu beiden Seiten des Flusses gelegenes feindliches Lager und auf Motorboote des Feindes. Offiziere und Mannschaften einer feindlichen Reiterpatrouille wurden getötet und Pferde, Waffen und Munition erbeutet. Ein Motorboot wurde in Grund geschossen.

An der Dardanellenfront bei Anaforta hat sich nichts ereignet. Bei Ari Burun lenkten wir am 19. September unser Feuer auf zwei feindliche Geschütze, die östlich von Ari Burun aufgestellt waren, erzielten Volltreffer und brachten den stehenden feindlichen Artilleristen schwere Verluste bei. Am gleichen Tage beschossen wir ein feindliches, bei Ari Burun sich aufhaltendes Schiff, auf dem wir einen Brand hervorriefen. Ebenso beschossen wir einen Schlepper, der von Transportschiffen begleitet war, die bei Kabatepe Ladungen löschten. Er wurde getroffen. Beide Schiffe zogen sich nach der Insel Imbros zurück. Im Abschnitt von Sedd ul Bahr hat sich nichts verändert. Am 20. September beschossen unsere anatolischen Batterien wirkungsvoll Mortelman, fern feindliche Truppen bei Sedd ul Bahr und feindliche Artilleristen bei Hissarlik. Der Feind gebrauchte für die schweren Geschütze Beschieße, welche betäubende Gase verbreiten. Am 19. September nachmittags landeten zwei feindliche Schiffe, die ein Segelschiff begleiteten, fünfzig Soldaten bei Vozburum südwestlich von Mermeris. In dem darauf entstehenden Gefecht mit den Küstentwachen flüchtete der Feind trotz der Unterstützung durch das Feuer der Schiffe auf die Schiffe. Er verlor drei Tote, wir ebenfalls. Die feindlichen Soldaten nahmen bei der Flucht Sachen aus den an der Küste gelegenen Häusern mit.

An den anderen Fronten keine Veränderung.

## Untergang eines russischen Unterseebootes.

Frankfurt a. M., 22. September. (W. Z. V.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Petersburg meldet eine Privatnachricht des „Russe Echo“ den Tod des Kommandanten des russischen Unterseebootes „Delfin“, Kapitänleutnant Tscherskoff, mit der ganzen Besatzung in der Ostsee.

## Der Schweizer Einfuhrtrutz.

Bern, 22. September. (W. Z. V.) Der Bundesrat beriet heute die Vorlage des politischen Departements zum Einfuhrtrutz und genehmigte sie.

## McKenna über das englische Kriegsbudget.

London, 22. September. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei seiner Begründung des zweiten diesjährigen Kriegsbudgets sagte McKenna: Die Besteuerung der Kriegsgewinne wird zusammen mit der Einkommensteuer 60 Proz. der Staatssteuereinkünfte ausmachen, Feuer aber nur 6 Millionen Pfund Sterling einbringen. Die Gesamteinkünfte aus diesen Steuern werden für dieses Jahr auf bisher 19 424 000 Pfund Sterling, für ein volles Rechnungsjahr auf 77 085 000 Pfund Sterling geschätzt. Die Zuckersteuer wurde auf 9 Schilling 4 Pence für den Zentner erhöht, was nach Herabsetzung der von der Regierung den Erzeugern bezahlten Preise eine Preiserhöhung von einem halben Penny pro Pfund zur Folge hätte. Die Steuer wird in einem vollen Berichtsjahre 11 700 000 Pfund Sterling abwerfen. Der Zoll auf Tee, Tabak, Kaffee, Kakao, Zichorien und getrocknetes Obst wird um 50 Proz. erhöht. Tee wird in einem vollen Berichtsjahre um 4 500 000 Pfund Sterling, Tabak um 5 100 000 Pfund Sterling mehr einbringen als früher. Die Besteuerung von Bier und Spirituosen bleibt unverändert. Die Steuer auf flüssige Brennstoffe wird um 3 Pence für die Gallone erhöht, die Steuer auf fogen. Patentmedizinen wird verdoppelt. Um die Ausgaben für eingeführte Luxusartikel einzuschränken, werden bei Automobilen, Filmen, Uhren, Taschenuhren, Musikinstrumenten, Spiegelglas und Hüten Zölle von 33,5 Prozent des Wertes erhoben werden. Das Erträgnis hiervon wird auf 1 950 000 Pfund Sterling, das gesamte Erträgnis aus allen diesen Besteuerungen für ein volles Jahr auf 102 155 000 Pfund Sterling geschätzt. Die Veränderungen der Posttarife, vor allem die Abschaffung des Halbpennyposts werden 4 975 000 Pfund Sterling einbringen. Die Jahresausgaben, die im Mai auf 1883 Millionen Pfund Sterling geschätzt worden sind, werden jetzt 1590 Millionen betragen. Zu Ende des Jahres wird sich die Schuldenlast auf 2200 Millionen Pfund Sterling belaufen, aber dank dem großen Reichtum Englands wird die Schuld den Reichtum des Landes nicht erschöpfen. Inzwischen wird eine neue Anleihe notwendig sein. Die Schulden Großbritanniens haben sich verdreifacht, die Belastung der Bevölkerung verdoppelt. Wenn der Krieg fortbauert, so wird mit diesen Zahlen noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Eine große Unterstützung für England ist die ständige Bereitwilligkeit des Volkes, alle Lasten zu tragen. Nach einer kurzen Auseinandersetzung, in der die Regierungsvorschläge allgemein gebilligt wurden, nahm das Unterhaus das Budget einstimmig an.

## „Daily Mail“ gegen falschen Optimismus.

London, 22. September. (W. Z. V.) „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel: Wir sollen glauben, daß die Deutschen ihr Pulver nahezu verschossen haben und daß die Türken demoralisiert sind. Aber seitdem dies erklärt worden ist, haben die Deutschen Milna genommen und der Angriff auf die bedeutende Festung Dünaburg hat begonnen. Die Deutschen haben eine große Umgebungsbewegung unternommen mit der offenbaren Absicht, russische Heeresgruppen zu umzingeln. Was die demoralisierten Türken betrifft, so berichten amerikanische Korrespondenten, die einzigen unparteiischen Zeugen, die wir haben, nichts von dieser wünschenswerten Sachlage. Wenn solcher phantastischer Unfimm, wie diese Angaben über die Deutschen und die Türken, in hiesigen hohen Kreisen geglaubt wird, wie ist es dann für den Mann auf der Straße möglich, klare Vorstellungen über den Krieg zu gewinnen! Das Blatt stellt dem Vorgehen der englischen Zensur die gewissenhafte deutsche Kriegsberichterstattung nach neutralen Ländern gegenüber und sagt schließlich: Die Deutschen handeln, während wir schwagen.

## Ein neues englisches Weißbuch.

London, 22. September. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Regierung hat gestern Abend in Form eines Weißbuches die österreichischen und deutschen Dokumente veröffentlicht, die im Besitz des amerikanischen Journalisten Archibald gesunden worden sind. Mehrere dieser Dokumente sind bereits an die Öffentlichkeit gedruckt worden. In einem Briefe an seine Frau schreibt der deutsche Militärattaché von Venedig, daß dem französischen Berater der deutschen Vorkriegsarmee Albert eine Wappe mit wichtigen Dokumenten gestohlen worden sei. Das seien die Dokumente gewesen, die „New York World“ veröffentlicht habe.

## Die Walliser Bergarbeiter gegen die Wehrpflicht.

London, 22. September. (W. Z. V.) Zweihundert Bergtrauensmänner, die etwa 55 000 Walliser Arbeiter, zumeist Bergleute, vertreten, nahmen Sonnabend eine Entschliebung in der Frage der Wehrpflicht an. Der stellvertretende Präsident der Bergleute von Südwales erklärte, daß Lloyd George sich sofort gegen die Wehrpflicht aussprechen müsse, wenn er das Vertrauen und die Unterstützung der Bergleute behalten wolle. Der Redner möchte ihn nur daran erinnern, daß die Bergleute von Südwales noch da seien. Wenn gedankenlose Leute eine Revolution erleben wollten, so müßten sie die Verantwortung dafür übernehmen. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in der dem Abgeordneten Thomas für die unlängst im Parlament gehaltene Rede der Dank ausgesprochen wird.

## Weitere Gewerkschaftsproteste.

London, 22. September. (W. Z. V.) Mehrere Arbeitervertretungen, darunter der Ausschuß der Gewerkschaft der Bergleute von Yorkshire mit 120 000 Mitgliedern haben Entschliebungen gegen die militärische und industrielle Wehrpflicht angenommen.

## Die Gärung in Rußland.

Kopenhagen, 22. September. (W. Z. V.) In einem Artikel über „Die Gärung in Rußland“ teilt das Blatt „Sozialdemokraten“ mit, maßgebende Politiker in Rußland hätten erzählt, daß der Zar persönlich die bestimmtere Haltung in der inneren Politik Rußlands durch sein Eingreifen bewirkt hätte, und meint, deutlicher könne nicht ausgesprochen werden, daß an Stelle der Verprechungen, die der Zar bei Beginn des Krieges den Polen, Juden und anderen Völkern gemacht hätte, wieder die alte, echt russische Reaktion träte. Es verstehe sich von selbst, daß man in England und Frankreich über diese Entwicklung der Dinge nicht begeistert sei: man sei sich dort klar, welche verhängnisvollen Folgen die Vertagung der Duma haben werde. Anknüpfend an Herods Anruf in der „Guerra Sociale“ meint das Blatt, die Gärung in allen Bevölkerungsschichten scheine mit dem Einsetzen der Reaktion zu zunehmen. Nach den russischen Zeitungen selbst seien die wirtschaftlichen Verhältnisse nahezu verzweifelt und böten fürchterliche Bilder des Elends, in welchem Tausende von Vertriebenen und Flüchtlingen lebten. Gerüchte sprächen davon, daß überall große Ausstände als Protest gegen die Vertagung der Duma vorbereitet würden. Man könne nicht wissen, ob der vorläufige Sieg der Reaktion nicht der Anfang vom Ende für sie sein werde.

## Politische Uebersicht.

### Im Zeichen des Burgfriedens.

In einem Artikel der „Deutschen Arbeiterzeitung“ vom 5. September, der sich mit dem Thema: „Sozialdemokratie, Arbeiterpolitik und Arbeitsnachweis“ beschäftigt, findet sich folgende anmutige Stelle:

„Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeitgeberschaft abweisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das sind ganz im Gegensatz zu den Arbeitern die eigentlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie, und sie leben meist nur von der Agitation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus den Taschen ziehen, gemeinschaftlich zu tagen, selbst wenn manche Regierungen behörden die Hinzuziehung solcher Leute aus Unkenntnis des Milieus und der vitalen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe einleiten sollten.“

Wenn das Arbeitgeberorgan schon heute, während des Krieges, in einer Zeit, wo Millionen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Sozialdemokraten im Felde stehen, wo Hunderttausende ihr Blut verpfriegen, etwas Derartiges zu schreiben sich nicht scheut, wie mag dann erst die Tonart werden, wenn der „Burgfrieden“ nicht mehr existiert!

### Industrie und Staatssozialismus.

In einem offiziellen Bericht über die Gesamtvorstandssitzung des Verbandes sächsischer Industrieller finden sich folgende Ausführungen über die wirtschaftlichen Kriegsmahnahmen:

„In der Besprechung über diese wichtigen gesetzgeberischen Maßnahmen wurde von allen Seiten dem Wenden Ausdruck gegeben, daß der bei der Schaffung des Kohlenzwangssyndikats beschrittene Weg des Staatssozialismus etwa die Richtung künftiger deutscher Wirtschaftsleggebung bedeuten könnte. Der Gesamtvorstand des Verbandes hat vor Jahren mit aller Entschiedenheit die Preispolitik und die Lieferungsbedingungen des Kohlenzwangssyndikats bekämpft und vertritt weiterhin den Standpunkt, daß Syndikate, welche über die unvermeidbaren Vorkrisen an unentbehrlichen Rohstoffen verfügen, sich staatlichen Eingriffen zu unterwerfen haben, wenn das Gesamtinteresse es erfordert. Die Art und Weise aber, wie in dem vorliegenden Falle seitens des preussischen Handelsministeriums der Versuch gemacht wurde, ein Privatsyndikat durch ein Zwangssyndikat zu ersetzen, falls nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllt wären und die damit im Zusammenhang stehenden und sofort einsetzenden Bestrebungen des Reichstags, das Reich zu noch weitergehenden Eingriffen in das freie Selbstbestimmungsrecht des Unternehmertums zu veranlassen, muß auch von Seiten der Fertigungsindustrie zurückgewiesen werden. Die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens beruht auf der freien Initiative der deutschen Unternehmer und Kaufleute, und niemals wäre Deutschland zu seiner heutigen Blüte gekommen, wenn man etwa schon früher derartige Tendenzen der Unterbindung dieser Freiheit hätte verfolgen wollen. Gerade angefaßt der Tatsache, daß es nach dem Kriege der Ausspannung aller Kräfte bedarf, um das deutsche Wirtschaftsleben auf seiner jetzigen Höhe zu erhalten und weiter zu entfalten, muß der Gesamtvorstand auf das entschiedenste dagegen Einspruch erheben, daß der hier beschrittene Weg der staatssozialistischen Regelung des Wirtschaftslebens etwa weiter verfolgt werde.“

### Die sächsischen Nationalliberalen und der Krieg.

Der Gesamtvorstand des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen hat in einer stark besuchten Versammlung, an der auch der Reichstagsabgeordnete Wasser mann teilgenommen hat, folgende Entschliebung gefaßt:

Der Gesamtvorstand des Nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen stimmt den Beschlüssen zu, die in der Sitzung der Landesvorsitzenden der Partei und in der letzten Sitzung des Hauptvorstandes gefaßt und dann in der Presse veröffentlicht worden sind. Der Vorstand erwartet darum, daß der Krieg nicht nur zu Lande, sondern auch zur See und in der Luft bis zu einem vollen Erfolge durchgeführt werde. Er ist der festen Überzeugung, daß sich die Leitung der Partei mit ihrer Haltung in Übereinstimmung befindet mit den Parteigenossen im Lande und darüber hinaus mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes, und dankt der Parteileitung für ihre in diesem Sinne geleistete vaterländische Arbeit. Von den Parteigenossen aber erwartet er,

daß sie weiterhin im Lande in diesem Sinne wirken und alles tun, um eine nationale Geschlossenheit des Vorstandes für die Erreichung eines starken Deutschlands herbeizuführen.

### Der Ruf nach Kartoffelhöchstpreisen.

Der Reichsausschuh für Konjumenten-Interessen hat an den Staatssekretär des Innern die Forderung gerichtet, Kartoffelhöchstpreise festzusetzen; die Forderung wird wie folgt begründet:

„Wir nehmen an, daß, sobald die Spätkartoffel auf dem Markt erscheint, eine lebhafte Nachfrage eintreten wird, da sofort ein großer Teil der Bevölkerung sich den Bedarf sichern will. Wir glauben diesen Bestrebungen nicht entgegenzutreten zu sollen, sind vielmehr der Meinung, daß diese Absicht soweit als möglich unterstützt werden muß. Die Versorgung der Konjumenten überhebt den Landwirt der Bemühungen, die Kartoffeln aufzubewahren und für einen großen Teil der Konjumenten ist darum die Versorgung sichergestellt. Der große Ansturm auf dem Markt zeitigt nach aller bisherigen Erfahrung nur die unangenehme Erscheinung, daß sofort die Preise hinaufgetrieben werden. Daß diese Befürchtungen nicht unberechtigt sind, ergibt die Mitteilung des Deutschen Landwirtschaftsrats, wonach in der Provinz Hannover von den Händlern Kartoffeln zum Preise von 7—8 Mark der Futur eingekauft werden, die Kleinhandelspreise bis zu 9 Mark erwarten lassen. Dieser Vorgang weist darauf hin, daß die Preistreiber bereits in vollem Gange ist. Es ist deshalb die höchste Zeit, diesen Preistreibern durch Festsetzung von Höchstpreisen zu begegnen; sollte eine künstliche Zurückhaltung der Ware vom Markt eintreten, so gibt die Bundesratsverordnung die Handhabe, durch Enteignung diese Bestrebungen zu durchkreuzen. Bei der günstigen Ernte könnte sich der Höchstpreis in mäßigen Grenzen bewegen. Er müßte vor allem die Aussicht auf weitere Steigerungen und übermäßige Zuschläge, wie es bei den früheren Preisfestsetzungen geschehen ist, ausschalten.“

Für die Preisfestsetzungen macht die Eingabe die nachstehenden beachtenswerten Vorschläge:

„Wir bitten auch dringend, bei solchen Preisfestsetzungen nicht als Norm die Höhe der Futtermittelpreise in Anbetracht zu bringen, sondern die der Produktionskosten. Wenn dem Landwirt unter Berücksichtigung der erhöhten Produktionskosten und eines mäßigen Betriebsgewinnes der Preis gesichert wird, so werden verständige Leute damit zufrieden sein. Es geht aber nicht an, daß die durch wüste Spekulation im Ausland hochgetriebenen Preise für Gerste und Mais, oder auch unsere sehr hohen Höchstpreise im Inland, als Grundlage genommen werden können für den Futtermittelwert der Kartoffel. Das würde nur bedeuten, daß der Spekulation des Auslandes die Bereicherung im Inlande folgen müßte.“

Nach Ermittlungen der Verwaltungen der Berliner städtischen Nieselflüter hat die Kartoffel einen Produktionswert von 1,25 M. pro Zentner. Da die Nieselflüter keine sehr günstigen Produktionsbedingungen haben, so dürfte diese Schätzung nicht zu niedrig ausgefallen sein. Würde man zu diesen Produktionskosten den sehr reichlichen Aufschlag von 100 Proz. gewähren, so käme man zu einem Höchstpreis für den Produzenten von 2,50 M., dem ein Höchstpreis für den Großhändler von 3,20 M. und von 3,80 M. für den Kleinhandel entsprechen würde. Bei Verkauf von zehn Pfund könnte dem Kleinhändler statt 60 Pf. ein Aufschlag von 80 Pf. oder ein Verkaufspreis von 40 Pf. zugestanden werden. Nichtpreise, die im Erzzeug im Reichstag andeuteten, müßten sich unter diesen Preisen bewegen, da die von uns genannten Preise den weitgehendsten Ansprüchen von Produktion und Handel gerecht werden. Es wäre dann die Möglichkeit gegeben, je nach den Produktionsgebieten in möglichen Schwankungen, die in der Bundesratsverordnung begrenzt werden müßten, die Preise unter oder über die Höchstpreise zu stellen. Wir würden aber auch keine Bedenken haben gegen eine abgestufte Preisfestsetzung für große Bezirke: wichtig erscheint uns nur, daß zu gleicher Zeit Großhandels- und Kleinhandelspreise festgesetzt werden. Die Beibehaltung der Reichsstelle für Kartoffelversorgung halten wir für notwendig, sie muß in Verbindung mit den Gemeinden die Versorgung sicherstellen. Dabei wird es sich empfehlen, eine sichere Angabe über die Kartoffelbestände durchzuführen, damit eine Einteilung der Verwendung erfolgen kann. Dringend notwendig ist es, daß den Gemeinden das Recht der Enteignung gewährt wird, damit Bestände, die ohne Grund oder zu Spekulationszwecken zurückgehalten werden, den Verbrauchern zugeführt werden können. Die Bezirke mit einer Ueberschußproduktion müssen zur Lieferung gezwungen werden; das würde möglich sein, wenn die Gemeinden oder der Kreis das Recht der Enteignung ausüben können.“

### Gegen Höchstpreise für Schweine

wendet sich eine Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“. Der Verfasser erklärt, daß in der nächsten Zeit mit einem Rückgang der Preise nicht zu rechnen ist und fügt dann hinzu:

„Wir verfügen aber über Jungschweine in sehr großer Zahl, sobald nach deren Aufzucht und Wärfung in absehbarer Zeit der Bedarf an Schweinefleisch wieder in der früheren Weise gedeckt sein wird. Sollte man aber jetzt mit der Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine oder Schweinefleisch vorgehen, dann würden zweifellos die Züchter aus Sorge, daß bei dem Mangel an Futtermittel die Aufzucht nicht rentabel wäre, davon ganz absehen.“

Ganz nettes Geständnis! Wenn die Preise in erschwinglicher Höhe festgesetzt werden, dann müßten die Landwirte einfach keine Schweine!

### Die Kohlenfrage und die Regierung.

Im Reichsamt des Innern hat, wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, eine Sitzung sämtlicher führenden Kohlenindustriellen und Interessenten stattgefunden, in der die durch die herrschende Kohlennot geschaffene Lage beraten wurde. Das Ergebnis der Verhandlungen wird voraussichtlich demnächst der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

## Letzte Nachrichten.

### Verurteilung eines Dänen wegen Spionage.

Geste, 22. September. (W. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der dänische Staatsangehörige G. Roth Nielsen wurde heute wegen Spionage zu vier Jahren Strafarbeit und einem Jahr Verlust der Ehrenrechte verurteilt. Nielsen hatte während der Flottenmanöver in der Nähe von Geste Ende Juli und Anfang August für Rechnung einer ausländischen Regierung darüber berichtet, welche Schiffe in und bei Geste lagen. Die betreffenden Nachrichten hatte er sich durch einen von ihm gestohlenen Brief verschafft.



# Gewerkschaftliches.

## Geordnete Arbeitsvermittlung.

Die Frage der Arbeitsvermittlung beschäftigt seit Jahren die Gewerkschaften. Die Herrschaft auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung schreitet geradezu nach einer Regelung. Während ursprünglich die Gewerkschaften den Grundsatz hochhielten, daß der Verkauf der Ware Arbeitskraft in die Hände der Arbeitnehmerorganisationen gehört — Erklärung des Gewerkschaftskongresses zu Frankfurt a. Main 1899 — ist man im Laufe der Entwicklung in Gewerkschaftskreisen zu der Auffassung gekommen, daß die Arbeitsvermittlung respektive der Arbeitsnachweise aus dem Kampfe der Parteien völlig auszuschließen habe. Die Gewerkschaften traten für die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise, das heißt von solchen Nachweisen ein, an denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam an der Verwaltung beteiligt sind. Der Gedanke der paritätischen Arbeitsnachweise gewann immer mehr Raum, nur die Unternehmer nahmen in einer Anzahl von Verufen in ihren Organisationen einen ablehnenden Standpunkt ein. Der Ausbruch des Krieges hat die Frage der geordneten Arbeitsvermittlung wieder erneut in den Vordergrund gerückt. Ohne geordnete Arbeitsvermittlung ist eine Arbeitslosenunterstützung nicht durchführbar.

Wenn auch zugegeben werden kann, daß für manche Berufe die Frage zur Zeit nicht so brennend ist, so haben doch andere Berufe, insbesondere die, in denen weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, noch stark unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Zeit drängt aber, eine Regelung vorzunehmen, da unzweifelhaft nach Friedensschluß mit einer Arbeitslosigkeit größeren Umfanges zu rechnen ist. Die aus dem Felde heimkehrenden Krieger müssen untergebracht werden. Da es in manchen Industrien noch an Rohstoffen fehlt, deren Herbeischaffung längere Zeit erfordert, da weiter die Handelsbeziehungen zum Teil erst neu geknüpft werden müssen, neue Absatzgebiete erschlossen werden sollen, so dürfte einige Zeit vergehen, bis in Industrie und Handel wieder der alte Zustand zurückgekehrt ist. Den arbeitslos aus dem Felde Heimkehrenden muß dann für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit Unterstützung gewährt werden. Ebenso wichtig ist aber dann die Arbeitsbeschaffung.

Die Gewerkschaften aller Richtungen, sowie die Vertreter der Arbeitgeberverbände sind daher einer Einladung des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise gern gefolgt, um für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg eine Ausgleichsstelle ins Leben zu rufen. Diese Organisation soll bezwecken, einen Ausgleich der vorhandenen offenen Stellen, die nicht am Ort besetzt werden können, und der Arbeitslosen vorzunehmen. Es ist sehr wohl denkbar, daß in einer Industrie, die in einem Ort ausschlaggebend ist, es an Arbeitskräften mangelt oder an einem anderen Orte solche Arbeitskräfte überflüssig sind. Wenn diese Ausgleichsstelle gut geleitet wird und wenn insbesondere die ihr angeschlossenen Arbeitsnachweise ihre Tätigkeit voll erfassen, dann können dadurch Härten abgemildert werden. Die Tätigkeit einer derartigen Bezirksauskunftsstelle wird segensreicher, wenn auch in den anderen Bezirken des Reichs ähnliche Einrichtungen geschaffen werden und diese Bezirksstellen wiederum zu einer Zentralstelle für das Deutsche Reich vereinigt werden. Denn dadurch wäre es möglich, die Arbeitslosen nicht bloß für den verhältnismäßig kleinen Bezirk eines Landes teils unterzubringen; es besteht die Möglichkeit, sie im Gebiete des Deutschen Reiches in Arbeit bringen zu können.

Für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg ist nach wochenlangem Verhandeln am 21. September diese Zentralstelle gegründet worden. Der § 3 der Geschäftsordnung bestimmt die Tätigkeit dieser Zentralauskunftsstelle wie folgt:

„Zweck der Zentralauskunftsstelle ist für die Dauer des Krieges und die nächste Zeit nach Abschluß des Friedens die gegenseitige Unterstützung und Förderung bei der Arbeitsvermittlung, insbesondere soll die Verständigung über die Lage des Arbeitsmarktes und ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage zwischen den angeschlossenen Arbeitsnachweisen herbeigeführt werden. Eine Arbeitsvermittlung durch die Zentralstelle selbst findet nicht statt.“

Zur Beaufsichtigung dieser Zentralstelle wurde ein Beirat eingesetzt, dem angehören:

ein Vertreter des Oberpräsidiums der Marken, je ein Vertreter der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin,

der Vorsitzende des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise, zwei Vertreter der Groß-Berliner Stadtkreise, drei Vertreter der Stadt- und Landkreise der übrigen Provinz,

vier Vertreter der Arbeitgebervereinigungen, vier Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen.

Außerdem ist bestimmt, daß

„für die besonderen Angelegenheiten der Groß-Berliner Gemeinden ein besonderer Ausschuss durch den Beirat einzusetzen ist. Dieser Ausschuss behandelt die Groß-Berliner Angelegenheiten selbstständig.“

Auch der Geschäftskreis des Beirats ist festgelegt worden. Im § 10 der Geschäftsordnung wird darüber folgendes bestimmt:

„Der Beirat berät alle die Zentralauskunftsstelle berührenden Angelegenheiten, insbesondere setzt der Beirat Richtlinien für die Einrichtung und die Art des Geschäftsbetriebes der Zentralauskunftsstelle fest. Dem Beirat steht die Aufsicht über den Betrieb der Zentralstelle zu. Der Beirat entscheidet über die gegen die Zentralauskunftsstelle gerichteten Beschwerden.“

Bei der Wahl des Vorstandes wurde der Vorsitzende des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise zum ersten Vorsitzenden, der Vertreter der Stadt Berlin zum Stellvertreter, Genosse Adolf Cohen als Beisitzer gewählt. Die Arbeitnehmerorganisationen bestellten sich vor, ihren Vertreter zum Vorstand noch zu benennen. In den Ausschuss, der die Groß-Berliner Arbeitsnachweisefragen behandeln soll, wurde je ein Vertreter der Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Neukölln sowie Geheimrat von Vorjag als Arbeitgebervertreter und Eugen Bräuner als Arbeitnehmervertreter gewählt.

Die der Ergänzung der Geschäftsordnung dienenden Richtlinien besagen, daß der Zentralauskunftsstelle von allen angeschlossenen Arbeitsnachweisen die nicht erledigten offenen Stellen und Arbeitsgesuche telephonisch oder schriftlich bekannt gegeben werden müssen, sofern dieselben voraussichtlich von den Arbeitsnachweisen selbst nicht in Groß-Berlin binnen 24 Stunden erledigt werden können.

Die auf diese Weise bei der Zentralauskunftsstelle eingegangenen Meldungen von Arbeitsgesuchen und offenen Stellen, sowie die bei ihr etwa unmittelbar einlaufenden Meldungen und Anfragen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind so schnell als möglich allen denjenigen angeschlossenen Arbeitsnachweisen bekannt zu geben, die sich mit der Vermittlung der betreffenden Arbeiten

von Arbeitskräften befassen. Ueb. die Erledigung des Falles ist der Zentralauskunftsstelle Mitteilung zu machen.“

Die Zentralauskunftsstelle hat die in der Presse erscheinenden Angebote und Nachfragen von Arbeitskräften zu verfolgen und sie dem in Betracht kommenden angeschlossenen Arbeitsnachweis telephonisch oder schriftlich zur Kenntnis zu bringen.“

Die nicht besetzten Stellen und die nicht vermittelten Arbeitslosen werden für die Groß-Berliner Meldungen täglich, für die Meldungen der übrigen Provinz mindestens zweimal wöchentlich in Balanzenlisten zusammengefaßt. Diese Balanzenlisten für die Provinz sind allen angeschlossenen Arbeitsnachweisen Groß-Berlins zuzulenden.“

Das wären die wesentlichsten Bestimmungen, welche die Zentralauskunftsstelle bei ihrer Tätigkeit zu beachten hat. Zu hoffen und zu wünschen ist, daß dadurch der erste Schritt zur Zentralisation und Vereinheitlichung der Arbeitsnachweise in der Provinz Brandenburg und insbesondere für Groß-Berlin getan worden ist. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß Groß-Berlin ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellt und daß deswegen alle die Bevölkerung berührenden Fragen gemeinsam der Erledigung zugeführt werden müssen. Zu diesen Fragen gehört unbestritten die der Erledigung der Arbeitsvermittlung.

## Deutsches Reich.

### Transportarbeiterverband und Parteikonflikt.

Eine Gauvorsitzerskonferenz des Transportarbeiterverbandes nahm nachstehende Erklärung an:

Die am 19. und 20. September 1915 in Berlin tagende Konferenz von Vertretern der Gau- und Ortsverbände des Deutschen Transportarbeiterverbandes hält die von der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Verlaufe des Krieges eingenommene Stellung für die auch im Interesse der deutschen Gewerkschaften allein richtige.

Die Konferenz schließt sich den von der Generalkommission der Gewerkschaften und der Konferenz von Vertretern der Verbände vorstehend gegen das organisationschädigende Treiben einiger Sonderbündler gerichteten Erklärung vollständig an. Auch sie erblickt in diesen Versuchen unverantwortlicher Quertreiber, Zersplitterung und Uneinigkeit in die Organisation zu tragen, eine große Gefahr für das erfolgreiche Wirken der Arbeiterschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Die Konferenz macht es deshalb allen Verbandsfunktionären zur unbedingten Pflicht, jedem Veruche, derartige organisationszerstörende Bestrebungen in unseren Verband hineinzutragen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

## Aus der Partei.

### Württembergische Landeskonferenz.

Die „Schwäbische Tagwacht“ berichtet: Auf den letzten Sonntag hatte der Landesvorstand die Parteigenossen, die nach dem Landesstatut berufen sind, über wichtige Parteifragen gemeinsam mit dem Landesvorstand zu beraten, wieder zu einer Konferenz zusammenberufen. Auch eine Anzahl Gäste hatte sich eingefunden. Genosse Keil erstattete Bericht über die Arbeiten der Reichstags- und der Landtagsfraktion während der letzten Tagungen. Trotz aller bisherigen Anstrengungen bleibt auf dem Gebiet der Organisation der Volksernährung noch sehr viel zu tun, wenn im kommenden Winter schlimmen Zuständen vorgebeugt werden soll. Der Redner besprach weiter die Beratungen und Entscheidungen des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion in wichtigen Parteifragen. An Hand der Treiberkreise Julian Vorchobis und anderer wies er nach, daß die von einer kleinen Gruppe innerhalb der Partei seit Monaten mit Hilfe einer unterirdischen Organisation betriebenen Spaltungsbestrebungen eifrig fortgesetzt werden. Ein Stützpunkt dieser Gruppe (gegen die sich selbst die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ wenden) ist das abgeplittete Stuttgarter Häuflein. Die enge Fühlungnahme der zentralen Parteinstanzen mit den noch zu Hause verbliebenen Parteigenossen und die fortlaufende Unterrichtung aller Parteioptionen über die Stellung der Partei zu den während des Krieges auftauchenden Fragen erweist sich gegenüber diesen Treiberkreisen als dringend notwendig.

Der Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Fischer, ging des näheren auf die Entwicklung der Parteiverhältnisse in Württemberg während der letzten Monate ein. Die abgehaltenen Kreisversammlungen haben durchweg volle Uebereinstimmung der Parteigenossen mit dem Landesvorstand, dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion ergeben. Im württembergischen Parteileben ist mit dem Ausschleiden der Crispian-Weismeyer-Gruppe endlich wieder Sachlichkeit und Ordnung eingezogen. Aufmerksamkeit aber verdienen die Mandatver dieser Gruppe, die immer noch Parteimitgliedern, die sich dafür bedanken, das Treiben dieser Richtung zu unterstützen, unter falschen Vorstellungen Beiträge abnehmen.

Die Aussprache, die sich an diese Berichte schloß, ergab keinerlei Meinungsverschiedenheit in grundlegenden Fragen. Als selbstverständlich wurde es angesehen, daß sich kein Parteimitglied dazu hergeben darf, den Sonderbestrebungen der Ausgeschiedenen irgendwelche Dienste zu leisten. Nachdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß mit dem beginnenden Winter die Arbeit zur Gewinnung neuer Abonnenten für unsere Parteipresse wieder lebhafter aufgenommen werden muß.

Die von zirka 60 Teilnehmern aus allen Wahlkreisen des Landes besuchte Konferenz nahm einen sehr befriedigenden Verlauf und fand nach dreistündiger Dauer mit einem warmen Appell des Vorsitzenden zu reger Weiterarbeit ihr Ende.

### Totenliste der Partei.

Am 20. September starb in Nordhausen Genosse Theodor Zimmermann, Geschäftsführer des Konsumvereins, im Alter von 35 Jahren. Es ist das für die Arbeiterbewegung Nordhausens und der Grafschaft Hohenstein ein schwerer Verlust. Genosse Zimmermann war einer jener Alten, deren sozialistische Ueberzeugung unter dem Sozialistengesetz gefährdet worden war und die an ihrem Ideal bis zum letzten Atemzug festhalten. Ueberall, wo Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue, ohne viele Worte einen Mann erforderlich, wurde er hingestellt. So war er seit Gründung des Gewerkschaftsstellens dessen Kassierer. Jahrzehntlang beorgte er die Kassengeschäfte der Partei, wie er der Genossenschaftsbuchdruckerei eine der besten Stützen als Vorstandsmittglied war. Die Nordhäuser Arbeiterchaft wird immer seiner ehrend gedenken.

### Berichtigung.

In die Notiz über die Genossenschaftsbuchdruckerei in Solingen hat sich ein Fehler eingeschlichen. Unser Solinger Parteiblatt hatte vor dem Krieg nicht 2000, sondern 12 000 Abonnenten.

## Aus Industrie und Handel.

### Die französisch-englische Anleihe in Amerika.

Die „Morning Post“ vom 17. September berichtet auf Grund von Drahtmeldungen aus Washington: Regierungsb Beamte und Bankiers, die in enger Fühlung mit den Führern der amerikanischen Finanz stehen, haben die Zuversicht, daß die anglo-französische Anleihe zustande kommt, allerdings wird sie nicht billig kommen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Bonds zu ungefähr 5 Proz. Zinsen ausgegeben. Sie werden gemeinsam durch die britische und

französische Regierung garantiert und stehen in derselben Reihe mit den besten Kriegsanleihen oder anderen Formen nationaler Schulden. Kapital und Zinsen sind in New York zahlbar in Dollar, frei von Einkommen- oder sonstigen Steuern oder Kosten.

Während es wahr ist, daß es sich in erster Linie um eine Geschäftstransaktion von Bankiers handelt, kommt auch das Gefühl bis zu einem gewissen Grade zur Geltung. Die starke Stimmung zugunsten der Verbündeten und die Abneigung gegen Deutschland und seine Methoden beeinflussen auch luge Geschäftsleute, die sich weigern würden, Deutschland einen Dollar zu leihen, sich aber freuen, den Verbündeten zu helfen, besonders wenn sie sich dadurch auch selbst helfen können, indem sie ein glänzendes Anlagepapier erhalten. Das Gefühl spielt auch insofern eine Rolle, als die Anleihe anstelle der bisherigen Unterordnung des New Yorker Marktes unter den Londoner das umgekehrte fest und New York für den Augenblick zur größten Finanzmacht der Welt macht. Ferner ist man befriedigt darüber, daß die Anleihe in Dollar abgeschlossen wird. Die amerikanischen Bankiers glauben, daß eine der wichtigsten Wirkungen der Anleihe die sein wird, dem Sovereign seine Vorherrschaft zu nehmen und den Dollar zu gleicher Höhe zu erheben, sowie weiter, daß künftig der Dollarwechsel bei der Abwicklung internationaler Saldi ebenso frei benutzt werden wird, wie der Sterlingwechsel auf London. Die in New York zahlbaren Zinsen werden auf lange Zeit jede negative Handelsbilanz salbieren, und falls starke Verläufe von in ausländischem Besitz befindlichen amerikanischen Wertpapieren vorkommen sollten, kann dem durch entsprechende Verläufe englischer und französischer Wertpapiere in London und Paris entgegengewirkt werden.

Nach längeren Ausführungen über vergebliche deutsche Gegenanstrengungen heißt es weiter:

Es herrscht die Ansicht vor, daß während die Anleihe nominell zu 5 Proz. abgeschlossen werden könnte, die borgenden Regierungen die Kommissionen und die Auslagen des Garantiesyndikats tragen müssen, so daß die Stücke unter Pari ausgegeben werden und die wirklichen Kosten der Verbündeten etwas über 5 Proz. betragen.

### Ein neues Braunkohlen-Syndikat.

Sämtliche Werke des Braunschweiger Braunkohlenreviers, sowie die Gesellschaft Concordia in Rachtstedt haben heute an Stelle des Helmsiedter Bricket-Vereins G. m. b. H. in Helmsiedt eine neue Vertriebsgesellschaft unter der Firma Helmsiedter Braunkohlen-Bricket-Syndikat G. m. b. H. zu Helmsiedt mit einer Gesamtbeteiligung in Bricketts von 1 300 000 Tonnen gegründet. Der Syndikatsvertrag läuft bis zum 31. März 1930. Zum alleinigen Geschäftsführer ist Direktor Dietze in Helmsiedt bestellt.

## Soziales.

### Unberichtigter Lohnabzug.

Eine Zwischenmeisterin hatte eine Heimarbeiterin 20 Wasserfäden zum Nähen übergeben. Der Lohn sollte 1,60 M. pro Stück betragen. Die Arbeiterin fiel nicht zur Zufriedenheit der Auftraggeberin aus, deshalb sollte die Arbeiterin von ihrem Lohn 14 M. einbüßen, die sie durch eine Klage beim Gewergericht forderte. Die Beklagte habe sich als perfekte Arbeiterin ausgegeben, sie müsse sich also Abzüge für mangelhafte Arbeit gefallen lassen. Demgegenüber hielt der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Leo, der Beklagten vor, sie hätte sich doch vor Vergabung der Arbeit überführen müssen, ob die Klägerin perfekt sei. (Sie Beklagte) holen sich Arbeit aus irgend-einem Geschäft. Sie können die Arbeit nicht selbst machen, auch nicht in Ihrer Werkstatt unter Ihrer Aufsicht anfertigen lassen und geben deshalb die Arbeit an beliebige Personen, von deren Befähigung Sie sich nicht überführt haben, und wenn die Arbeit nicht vorchriftsmäßig ausfällt, wollen Sie die Arbeiterin dafür verantwortlich machen. Das geht doch nicht. Sie tragen ja an dem Schaden ebensoviele Schuld wie die Klägerin.

Das Gericht sprach der Klägerin die Hälfte des geforderten Betrages zu mit der Begründung: In der Art, wie die Beklagte die Arbeit vergeben hat, liegt eine so große Nachlässigkeit, daß sie den Ertrag des vollen Schadens nicht beanspruchen kann. Die Parteien sind nicht als Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu betrachten, sondern als Arbeiterinnen, die eine Arbeit gemeinsam ausgeführt und deshalb den Schaden gemeinsam zu tragen haben.

### Brotherbereitung für den eigenen Bedarf.

Auch für die Brotherbereitung für den eigenen Bedarf gelten die über die Bereitung des Brotes erlassenen Vorschriften. So entschied am Dienstag in zwei Fällen das Reichsgericht.

Vor dem Landgericht M. Gladbach hatten sich am 15. April der Ackerer August Cohen und am 20. April der Ackerer Heinrich Deussen und dessen Tochter Gertrud wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 5. Januar 1915 betr. die Brotherbereitung zu verantworten. In beiden Fällen erfolgte jedoch Freisprechung. Die angeführte Bundesratsverordnung verbietet bekanntlich die Bereitung von Brot aus reinem Mehl. Trozdem hatte der Angeklagte Cohen, der eine kleine Bäckerei betreibt, anfangs Februar Brot für den Hausbedarf gebacken, das etwa halb und halb aus reinem Weizen- und Roggenmehl bestand. In dem anderen Falle hatte die Angeklagte Gertrud Deussen in der Zeit von Februar bis März mehrmals Brot aus reinem, ungemischtem Weizenmehl für den Hausbedarf gebacken und der Vater D. hatte dies geduldet. Sie taten dies, weil, wie sie zu ihrer Entschuldigung vorgebracht hatten, der Vater D. das Kriegsdroit nicht vertragen konnte. Allen drei Angeklagten war daraufhin zur Last gelegt worden, sich gegen die erwähnte Bundesratsverordnung vergangen zu haben. Das Gericht hat die Angeklagten jedoch freigesprochen, indem es sagt, daß die Verordnung für Herstellung des Brotes zum Hausbedarf nicht in Frage komme. Diese Auffassung bekämpfte die Staatsanwaltschaft in ihrer Revision als rechtswidrig. Die Verordnung finde auch auf den hauswirtschaftlichen Betrieb Anwendung. Das Reichsgericht hielt in beiden Fällen die Revision für begründet, es hob deshalb beide Urteile auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück.

### Eine Richtigtstellung.

In Nr. 235 des „Vorwärts“ brachten wir unter der Ueberschrift: „Bezahlung der Meisttage nach der Arbeitsstelle“ einen Bericht über eine Gewerbergerichtsverhandlung. Ein Vertreter der beklagten Firma Julius Berger hatte in dieser Verhandlung geäußert: „Die Firma wird doch nicht drei Tage bezahlen, wo er nicht gearbeitet hat, wenn sie Kriegsgefangene bekommt, die ohne Lohn arbeiten.“ Dazu teilt uns jetzt die Firma Julius Berger mit, daß der Beauftragte seine Befugnisse bei weitem überschritten habe, indem er in dem Termin zur Sache Ausführungen gemacht hat, zu denen er weder befugt noch berechtigt war. Die von ihm gebrachte — vorstehend wiedergegebene — Äußerung sei un wahr und könne in keiner Weise gebilligt noch vertreten werden, denn erstens habe die Firma Julius Berger für die Arbeiten auf der Strecke Marggrabowa — Suwalki keine Kriegsgefangenen zur Verfügung gehabt, und zweitens seien auf den Baustellen, wo die Firma Kriegsgefangene beschäftigt hatte, solche niemals ohne Lohn beschäftigt, sondern stets derjenige Lohn- und Verpflegungsbetrag gezahlt worden, den das zuständige General-Kommando vorgeschrieben hatte.



Aus Groß-Berlin.

Koksmangel und Zentralheizung.

In Häusern mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung herrscht jetzt großer Unwille. Der eingetretene Koks-mangel übt die unangenehme Wirkung aus, daß die Zentral-heizungen nicht die Aufgaben erfüllen können, die sie haben. Sie sollen bei beginnender Kühle für Erwärmung der Woh-nungen sorgen, sollen auch Warmwasser liefern; die Mieter haben die Wohnungen gemietet unter diesen Bedingungen. Verfaßt der Wärmepender, so kommen die Mieter in die größte Verlegenheit, da sie vielfach eine andere Wärme-möglichkeit nicht haben. Sonst hätten sie das so bequem, sie brauchen kein Heizmaterial, brauchen nur den Wärmehahn aufzudrehen und nach kurzer Zeit enthielt das Zimmer die gewünschte Wärme. Der Ofen war ein über-flüssiges „Möbel“ und fehlte deswegen auch ganz in den Häusern mit Zentralheizung. Unangenehm ist auch das Fehlen des warmen Wassers. Fehlt aber das Heizmaterial, als welches hauptsächlich Koks in Betracht kommt, so entstehen für die Bewohner solcher Häuser die größten Schwierigkeiten, auch für den Hauswirt ist das eine unan-genehme Sache. Er hat die Wohnung mit Heizung und Warmwasserversorgung vermietet, kann aber seinen Ver-pflichtungen nicht nachkommen. Der Mieter hält sich an seinen Vertrag und es kommt zu lebhaften Differenzen zwischen Mieter und Vermieter.

Mit dieser Frage beschäftigte sich auch eine Versammlung des Bundes der Haus- und Grundbesitzervereine von Groß-Berlin. Kohle sei genügend vorhanden, die für Kokszerzeugung in Frage käme, es läge nur auf die Beschaffung und auf die Art der Verwertung an, auch die Preisfrage müsse geregelt werden. Eingaben, die sich auf eine Preisfestsetzung beziehen, sind bereits an das Oberkommando ergangen. Es sei auch möglich, die Kokssteuerung durch Bricketsteuerung zu ersetzen. Jedenfalls ist die Situation der Mieter und Vermieter in Häusern mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung im Augenblick keine sehr angenehme, aber die Schwierigkeiten sind zu überwinden.

Welche Bedeutung der Koks-mangel für manche westliche Vororte hat, in denen zahlreiche Häuser mit Zentralheizungen versehen sind, geht aus einer Mitteilung des Nachrichtenamtes der Stadt Wilmersdorf hervor: In dieser Mitteilung heißt es u. a.: „Nach den bei der letzten Volkszählung (1910) vorgenommenen Erhebungen gab es unter den 26250 „reinen“ Wohnungen, d. h. Wohnungen ohne Gewerbebäume, 9894 mit Zentralheizung. Die Zahl der „reinen“ Wohnungen hat sich in dieser Gemeinde seitdem bis zum 20. Mai 1914 auf 37476 ge-hoben. Wenn man also die Prozentzahl (36) von 1910 auf die Zahl vom Jahre 1914 überträgt, so gibt es heute nicht weniger als 13492 „reine“ Wohnungen mit Zentralheizung. Zur Verhütung der Mieter kann mitgeteilt werden, daß nach Erklärungen im „Wilmersdorfer Hausbesitzerverein von 1890“ von den Hausbesitzern gar nicht daran gedacht wird, das Recht auf Heizung zu schmälern, wenn auch einige Ein-schränkungen nötig sind und bei gegenseitigem Entgegen-kommen, das im Interesse der Allgemeinheit geboten ist, sich auch durchführen lassen werden. Erhebliche Einschränkungen werden allerdings nicht nur möglich, sondern geradezu geboten sein bei dem Verbrauch des warmen Wassers. Dabei kann und muß viel Brennmaterial gespart werden, das dann, den zweifellos vorhandenen Mangel mildern und ausgleichen, der aus volkshygienischen Rücksichten dringend nötigen Heizung zugute kommt.“

Ob den Mietern diese Verhigungsnotiz des Wilmers-dorfer Magistrats behagen wird, ist eine andere Frage.

Tagung des Zweckverbandes.

Der Vorsitzende des Verbandes Groß-Berlin, Oberbürger-meister Wermuth, hat die Mitglieder des Verbandsaus-schusses für den 4. Oktober zu einer Sitzung im Berliner Rathaus eingeladen. Neben einigen Freilichensachen stehen verschiedene Bebauungspläne zur Beratung, u. a. der Generalbebauungs-plan von Berlin-Lichtenberg und der Bebauungs- und Flucht-linienplan für den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes innerhalb des Stadtgebietes Berlin-Schöneberg.

Kriegerfrauen im „Samariterhaus“.

Gegen Kriegsteilnehmer und ihre Ehefrauen wegen Miet-schulden mit Klagen auf Zahlung und Räumung vorzugehen, gilt manchem Hausbesitzer als unvermeidlich. Wie verhalten sich gegenüber solchen Miet-schuldners hausbesitzende Vereine, die nicht die Bewirtschaftung von Mietshäusern als ihren wichtigsten oder gar einzigen Zweck an-sehen? Wie der Verein „Samariterhaus“, der in Berlin-Ost seinen Sitz hat, in einigen Fällen dieser Art sich verhält, dar-über macht man uns die folgenden Mitteilungen. Wir sind über den Zweck des Vereins nicht genau unterrichtet, aber das dürfen wir im Hinblick auf seinen Namen wohl ohne weiteres annehmen, daß auch er nicht mit der Bewirt-schaftung seines in der Samariterstraße gelegenen Wohngrundstücks „Samariterhaus“ seine Aufgabe als erfüllt ansehen will. Den Vor-stand des Vereins muß gegenüber den Mietern dieses Hauses der an der Samariterkirche amtierende Pfarrer Hachtmann vertreten, der in seiner Tätigkeit für die Verwaltung des Hauses den Titel „Hauskurator“ führt. Der Hauskurator Pfarrer Hachtmann hat nun gegen drei im „Samariterhaus“ wohnende Kriegerfamilien, näm-lich gegen zwei im August vorigen Jahres zu den Bahnen einberufene Mieter und deren Ehefrauen sowie gegen die Witwe eines gleichfalls im August vorigen Jahres einberufenen und an den Folgen einer Verwundung im Mai dieses Jahres gestorbenen Mieters wegen Miet-schulden mit Klagen vorgehen zu sollen geglaubt. Für die Wohnung des einen Mieters hatte der Verein seit August vorigen Jahres nichts außer der von der Stadt be-willigten Mietbeihilfe erhalten, so daß nach Abzug dieses Betrages und der vom Verein gewährten Mieterermäßigung eine Miet-schuld von 283 M. einzuflagen war. Die Klage wegen der Miet-schuld des anderen Mieters lautete, da auch hier seit August vorigen Jahres nur die Mietbeihilfe gezahlt worden war, nach Abzug der Mieter-ermäßigung auf noch 227 M. Gegen beide zurzeit als Kriegsteilnehmer in Ausland stehende Mieter und gegen ihre Ehefrauen klagte Pfarrer Hachtmann für den Verein nicht nur auf Zahlung, sondern auch auf Räumung, wie die uns vorgelegten Klageschriften beweisen. Für die Wohnung des verstorbenen Kriegsteilnehmers war für

August vorigen Jahres der größte Teil der Miete gezahlt, dagegen vom September ab außer der Mietbeihilfe nichts, so daß die Klage noch 93 M. von der Witwe forderte. Die Witwe meint, daß auch sie noch auf Räumung verklagt worden sei, doch konnte sie uns die Klageschrift, aus der darüber Näheres zu ersehen gewesen wäre, nicht mehr vorlegen. Es läßt sich denken, daß die drei Frauen gegenüber diesen Klagen ziemlich rat- und hilflos dastanden. Wir erhalten leider erst jetzt Kenntnis davon, nachdem die drei Termine, die für die drei Sachen beim Amtsgericht Berlin-Mitte in voriger Woche angelegt waren, bereits stattgefunden haben. Was da verhandelt und entschieden wurde, darüber können uns die Frauen keine klare Auskunft geben. Die Kriegertwitve nahm ihren Termin nicht wahr, sondern zahlte aus Mitteln von Verwandten die Schuld am Tage des Termins, wodurch sie aber ihre Verurteilung nicht aufgehoben zu haben braucht. Der Vereins-vorstand hatte ihr übrigens bereits zum 1. Oktober 1915 gekündigt. Die beiden anderen Frauen nahmen ihre Termine wahr und glauben, daß sie und ihre Ehemänner nicht nur zur Zahlung, sondern auch zur Räumung verurteilt worden seien. Wir wollen hoffen, daß bezüglich der Ehemänner diese Annahme nicht zutrifft. Was die Frage der Räumung angeht, so hat der Vereinsvorstand dem einen der verklagten Kriegsteilnehmer ohnedies zum 1. Oktober 1915 gekündigt, während der Vertrag des anderen noch bis 1. April 1916 läuft. Dem einen Kriegsteilnehmer schickte seine Frau selber die für ihn eingelaufene Klageschrift ins Feld nach, der andere aber weiß noch heute nichts davon, daß er auf Zahlung und Räumung verklagt worden ist.

Aus der Krankenhausverwaltung.

Die Deputationen für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege hat unter dem Vorsitz des Stadtrats Selberg nach Referaten des Stadtmehdinalrats Geh. Rat Dr. Weber und des Kurators Stadtverordneten Dr. Jaac beschlossen, die Zahl der Betten im Referenzlazarett Buch und im Leichtkrankenhaus für Männer erheblich zu vermehren. Im Lazarett Buch sollen 600 neue Betten, darunter 250 für besonders Kranke aufgestellt werden. Außerdem soll ein besonderes Ambulatorium im städtischen Leicht-krankenhaus für Männer unter Leitung des Spezialarztes Dr. Wischke eingerichtet werden.

Auf Grund der Berliner Gemeinde-Wertzuwachssteuer-ordnung war die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekerverkehr vom Magistrat der Stadt Berlin nach Veräußerung eines Grundstücks zur Wertzuwachssteuer heran-gezogen worden. Die Gesellschaft klagte und machte geltend, die Berechnung des Wertzuwachses sei fehlerhaft. Eine Kaution von 91000 M., die die Gesellschaft als bisherige Besitzerin jenes Grundstücks für Zwecke der Straßenerhaltung hinterlegt habe, sei als Aufwendung im Sinne der Steuerordnung anzusehen. Die Kaution müsse deshalb zu-gunsten der Gesellschaft bei der Berechnung des Wertzuwachses verrechnet werden.

Der Bezirksausschuß erkannte auch nach dem Klage-antrage.

Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch das Urteil auf und wies die Klage der Gesellschaft mit folgender Begründung ab: Der Senat könne den Standpunkt der Gesellschaft und des Bezirksausschusses nicht teilen. Die Kaution sei nicht anrechnungsfähig. Sie sei übrigens aus dem Vermögen der Gesellschaft nicht ausgeschieden. Auf-wendungen daraus seien noch nicht gemacht und es stehe da-hin, wann sie gemacht werden sollen.

Großfeuer

fam gestern mittag zwischen 12 und 1 Uhr in der Neuen König-straße 5-6 am Königsst. zum Ausbruch. Dort stand auf dem 2. Hof, der nur von Fabrikgebäuden besetzt ist, der Dachstuhl in Flammen. Als die Feuerwehr mit sechs Löschzügen an der Brand-stelle erschien, brannte der linke und rechte Seitenflügel mit dem Quergebäude bereits. Ueber die Treppen und mehreren mecha-nischen Leitern wurde mit vier Schlauchleitungen und Motorpumpen angegriffen und damit so ungeheurer Wasser gegeben, daß die an-grenzenden Fabrikgebäude wirksam geschützt werden konnten. Ueber die Entstehung des Brandes war infolge der Ausdehnung desselben nichts Genaueres zu ermitteln. — Ein großer Brand kam gestern früh nach 5 Uhr in der Waldemarstr. 59 auf dem Hofe der Möbelfabrik von L. Riebling zum Ausbruch. Bei Anbruch der ersten Löschzüge brannten dort in einem Keller und einem Schuppen wert-volle Hölzer der Deutschen Holz-Passonleiten-Industrie Riebling u. Ladner in solcher Ausdehnung, daß der Brandmeister mit einem H- und vier O-Röhren von mehreren Seiten angriffen ließ. Die Flammen hatten indes so reiche Nahrung gefunden, daß bis um 10 Uhr kräftig Wasser gegeben werden mußte. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein und der Gesamtbetrieb keine Unter-brechung erleiden.

Kleine Nachrichten. Aus der Epre gelangt wurde gestern morgen die Leiche des 18 Jahre alten Bootsmannes Josef Vollmar, der auf dem Rahne des Schiffseigners Klade beschäftigt war. Der junge Mann glitt voriger Woche bei der Heimkehr nach dem Kahn, der vor dem Grundstück Reußsila am Wasser 23 angelegt hatte, von der Kautplank, fiel ins Wasser und ertrank, weil ihm in der Nacht niemand zu Hilfe kam. Die Leiche wurde seitdem vergeblich gesucht, bis sie gestern morgen etwa unterhalb der Unglücksstelle zum Vor-schein kam. — Uebersfahren und getötet wurde gestern nachmittag der 4 Jahre alte Sohn Walter der Arbeiterwitwe Diecke aus der Sandber-straße 20 zu Reußsila. Der Kleine geriet an der Ecke der Friedel-straße und des Bahndamms unter einen Bretterwagen, dessen Räder ihm den Schädel eindrückten. Er starb sofort. Der Außerer fuhr davon und blieb unbekannt. Einige Frauen, die den verunglückten Knaben daliegen sahen, hoben ihn auf und brachten ihn der Mutter nach der Wohnung. Er war aber bereits tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt, aber einweisen in der Wohnung belassen. — Montag abend wurde der 50jährige auf der Potsdamer Gasanstalt beschäftigte Schmied Wilhelm Grabbert, Rowaues, Wisnackstr. 23 wohnhaft, das Opfer eines schweren Unglücksfalles. Er wurde durch einen von einem Apparat abspringenden Deckel getroffen und erlitt eine schwere Verletzung an der Schädeldecke. In hilflosem Zustande wurde er mittels Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt. Sein Zustand ist immer noch sehr ernst. — Ein lust-spieliges Schäferskindchen verlebte ein Ingenieur, der vom Balkan nach Berlin gekommen ist, um hier geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Ein junges Mädchen, das er bei einer Besichtigung der Deutschen Reichshauptstadt kennen lernte und die Führerin spielte, stahl ihm die Brieftasche mit 11000 Lei, vier Eintausend- und 70 Hundert-Lei-Scheinen. Die Diebin ist noch nicht ermittelt.

Aus den Gemeinden.

Aus der Tegeler Gemeindevertretung.

In der letzten Sitzung machte der stellvertretende Gemeinde-vorsteher Schäfers Reichelt zunächst Mitteilungen von den Ver-handlungen im Vorstände des Verbandskrankenhäuses in

Reinickendorf; dort wurde der mit Zegel schwebende Prozeß betref-fs der Zurechnung der Gefängnisinsassen besprochen und beschlossen, denselben weiter zu führen. Zurzeit werden dort auch noch 60 Ver-wundete behandelt und deshalb macht sich die Beschaffung von weiteren 30 Betten notwendig. Die Kosten in Höhe von 5400 M. sollen aus dem noch vorhandenen Rest des Neubaufonds, der 37000 M. beträgt, entnommen werden. Ein Antrag der Gemeinde Reinickendorfs, auch Personen mit ansiedelnden Krankheiten auf-zunehmen, wurde vom Kuratorium abgelehnt. — In bezug auf die ge-fährlich vorgeschriebene Aufstellung der Gemeindegewähler-liste für 1916 beschloß die Vertretung, die alte Liste von 1913 be-zubehalten, um den Kriegsteilnehmern das Wahlrecht zu erhalten. — Die Wahl der Mitglieder der Voreinschätzungskommission geschah durch Annahme der gedruckt vorliegenden Liste. — In der Frage der Anlegung von Vorgärtenstreifen in den sogenannten „Ge-schäftsstraßen“ war vom Amtsvorsteher abermals eine Warnung ein-gegangen; der Gemeindevorstand schlug vor, diese Sache — die nach Ansicht verschiedener Gemeindevorsteher nur eine Verhinderung des Straßenbildes bedeuten würde — bis nach Beendigung des gegen-wärtigen Krieges hinauszuschieben; diesem Vorschlag stimmte die Vertretung einmütig zu. — Für das Mieteinigungsamt macht sich durch Krankheit des Herrn Kländer ein Neuwahl nötig; gewählt wurden Herr Engelke, als Stellvertreter Mitte. Weiter hatte die Vertretung noch die Kosten für den auch bereits fertiggestellten Wagenkuppen des Gemeindefuhrwesens in der Wei-straße 6 in Höhe von 2312 M. zu bewilligen, der auch mit einem bisher entbehrten Unterfunktraum für Gemeindevorsteher ausgestattet ist. Die Kosten werden dem Kriegsfonds entnommen. Bevor in die vertrauliche Sitzung eingetreten wurde, bemerkte Genosse Rassa, daß er die betreffenden Punkte — u. a. Bewilligung von Mitteln zur Zeichnung auf Kriegsanleihe — nicht für so vertraulich halte, als daß sie nicht öffentlich verhandelt werden könnte. Seinem Vor-schlag, den Vertretern durch Verlesung des Sitzungsprotokolls alle Beschlüsse der Gemeindevertretung zugänglich zu machen, wurde zugestimmt; betref-fs der vertraulichen Verhandlungen wurde die An-gelegenheit zurückgestellt.

Gerichtszeitung.

Teures Karamelbier.

Wegen Vergehens gegen das Brausteuergesetz wurde gestern der Kaufmann Max Dorn vor der Strafkammer des Landgerichts II zur Verantwortung gezogen.

Der Angeklagte hatte vor längerer Zeit eine Brauerei ober-gärtiger Biere übernommen, die in der Tempelhoferstraße im Be-triebe war. Die Brauerei braute sogenanntes Karamelbier und hat dabei nachgewiesenermaßen dem Biere Zuderhonig zugefügt, was verboten ist. Nach den Feststellungen der Zollbehörde, die im Termin von dem Zollinspektor Schmalknecht vertreten wurde, sind 617 Hektoliter derartigen Bieres mit Zuderhonig versetzt worden. außerdem wurden mehrere tausend Flaschen vorgefunden, die darauf schließen ließen, daß auch in ihnen solches Bier verkauft worden wäre. Dem Angeklagten wurde darauf von der Zollbehörde ein Strafbescheid zugestellt, wonach er eine Strafe von 2000 M. und einen Wertesatz in Höhe von 12000 M. entrichten sollte. Er rief das Gericht an. Die Strafkammer ermäßigte die Strafe auf 500 M. mit Rücksicht darauf, daß der ganze Betrieb kein sehr er-heblicher gewesen ist und setzte auch den Wertesatz auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme auf etwa 9000 M. herab.

Vergroßerungen gratis.

In Nr. 256 teilten wir einen Gerichtsbericht gegen den Bilder-händler Otto Alte („Mitteldeutsche Portrat-Zentrale“) mit. Die Verhandlung endete mit einer Verurteilung des Angeklagten. Der Verteidiger des Angeklagten ersucht uns um Mitteilung, daß der Angeklagte Revision eingelegt hat. Diesem Wunsch kommen wir hiermit nach.

Aus aller Welt.

Grubenunglück in England. Der Haager „Nieuwe Courant“ meldet aus London: Dreihundert Bergarbeiter sind in-folge eines Brandes in einer Grube in Exhall (Grafschaft Warwick) eingeschlossen. 369 Leichen sind bereits geborgen.

Gewaltige Ueberschwemmungen in Indien. Die Londoner „Times“ meldet aus Ludnor: Seit dem 29. August sind infolge Ueberschwemmung des Ganges ungefähr 18000 Häuser zerstört worden und 80000 Menschen obdach-loß geworden. Bisher wurden 46 Leichen gefunden.

Schiffsunfälle. Der holländische Dampfer „Patroclus“ stieß am 14. d. Mts. abends auf der Reise nach Liverpool mit dem englischen Fischdampfer „City of Dundee“ zusammen. Der Fischdampfer sank sofort. Sechs Mann von der 15 Mann starken Besatzung sind ertrunken. — Der griechische Dampfer „Athenei“ geriet auf hoher See in Brand und wurde ver-lassen. Die Passagiere begaben sich an Bord der Dampfer „Lus-cania“ und „Rumanian Prince“.

Das Explosionsunglück in Hanau. Zu der gestrigen Meldung über das Explosionsunglück in Hanau ist nachzutragen, daß leider der Verlust von sechs Menschenleben zu beklagen ist, und daß eine Anzahl von Arbeitern durch Glassplitter größtenteils leicht verletzt worden ist.

Typhus in Jena. Während im ganzen Jahre 1914 nur 20 Typhusfälle in Jena vorkamen, sind im Laufe der letzten Woche plötzlich zahlreiche Typhuserkrankungen aufgetreten, insgesamt etwa 150. Die Verteilung der Fälle über das Stadt-gebiet ist ziemlich gleichmäßig. Nach der „Jenaischen Zeitung“ macht das plötzliche gehäufte Auftreten von Typhusfällen es sehr wahrscheinlich, daß eine Infektion eines im großen Umfange ge-nommenen Nahrungsmittels vorgefallen sein dürfte; die Ermitt-lungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Auf einen Mädchenmord läßt ein Leichenfund in der Nähe von Laucha (Unstrut) schließen. Steinbrucharbeiter, die sich auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte befanden, sahen im Vororte eine weibliche Hand aus dem Erdreich ragen. Man grub nach und entdeckte die Leiche eines siebzehnjährigen Mädchens. Ein herbeigeholter Polizeibeamter verfolgte die Spur eines in Laucha wohnenden galizischen Steinbrucharbeiters, der aber noch nicht ver-haftet werden konnte.

Ein russischer Baron von Polistken erschossen. Der Smolensker Gutbesitzer Baron Keller Sakomelski, Mitglied einer in Rußland sehr angesehenen Familie, ist auf seinem Gute von einem Polizeitrupp erschossen worden. Der militärdienstpflichtige Baron, der allen Einberufungen nicht Folge lei-stete, wurde von der Polizei, als er nach einjähriger Abwesenheit auf seinem Gute erschien, verfolgt und büßte seinen Versuch, sich in den Wald zu flüchten, mit dem Tode.

Ein Ziesler Dorf in Flammen. Vom Dorf Dimaro bei Madonna di Campoglio sind 68 Häuser durch einen Brand zerstört worden. Hundert Familien wurden dadurch obdachlos. Die Schule und Kirche blieben unversehrt, dagegen ging viel Ver-geld verloren. Eine Frau wird vermißt.



**Große Unterschliffe in den sibirischen Goldbergwerken** sind, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, entdeckt worden. Von den Beamten sollen große Mengen des gewonnenen Goldes über die chinesische Grenze geschmuggelt und verkauft worden sein. Die russische Regierung hat umfassende Untersuchungen eingeleitet.

**Zwei neue Höhenweltrekorde.** Dem Flieger Franz Reiterer ist es am Dienstag vormittag auf dem Flugplatz Briest bei Brandenburg gelungen, mit einem Doppeldecker mit vier Passagieren an Bord in nur 58 Minuten Steigzeit eine Höhe von rund 5000 Meter zu erreichen. Die Gesamtbelastung betrug ohne Betriebsstoff 228 1/2 Kilogramm. Gegen Abend unternahm Reiterer mit derselben Maschine und drei Passagieren, die mit ihm zusammen 260 Kilogramm wogen, einen zweiten Aufstieg und erreichte in 68 Minuten eine Höhe von 5500 Meter. Damit sind die von dem Franzosen Garros mit 3300 Meter und dem Deutschen Doerflinger mit 4770 Meter gehaltenen Höhenrekorde geschlagen.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 334 der preussischen Armee enthält die Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 4. und 5. Garde-Regiment z. B.; 2. Garde-Reserve-Regiment; Garde-Füsilier-Regiment; Garde-Res.-Jäger-Bataillon; Garde-Schützen-Bataillon (f. Garde-Füsilier-Regiment); Garde-Reserve-Schützen-Bataillon; Garde-Landsturm-Infanterie-Bataillone Döberitz und Bünsdorf; Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier-, bzw. Infanterie-, bzw. Füsilier-Regiment Nr. 1, 7, 10, 11, 13, 15, 16, 17, 20, 21, 26, 30, 34, 36, 37, 39, 41, 50 (f. Inf.-Reg. Nr. 58), 51, 52 (f. auch Garde-Füsilier-Reg.), 53 bis einschl. 58, 61, 63, 64, 65, 69, 71, 73, 76, 77, 79, 81, 83, 85, 86, 87, 110, 111, 128, 129, 131, 135, 137, 144, 146, 147, 149, 150, 151, 153, 155, 156, 159, 160, 162, 166, 167, 168, 173, 174, 175, 176, 184, 330, 336, 341 und Regiment Plantier. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 2, 5, 7 bis einschl. 11, 17, 18, 21 (f. auch Erf.-Inf.-Reg. Runge), 22, 24, 26, 27, 28, 33, 49 (f. Erf.-Inf.-Reg. Runge), 55, 56, 60, 61, 65, 66, 68, 69, 74, 76, 77, 80, 81, 83, 115, 202, 203, 205, 209, 210, 211, 213, 214, 215, 217, 219 bis einschl. 225, 229, 233, 237, 251. Erf.-Infanterie-Regiment Nr. 28, Königsberg Nr. 3 und Runge. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 5, 7, 9, 12, 13, 18 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 84), 22, 24, 29, 30, 52, 60, 75, 76 (f. auch Erf.-Inf.-Reg. Nr. 69), 77, 84, 90. Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 100. Feld-Bataillone: v. Bredow, Süd und Nordost (alle drei f. Erf.-Inf.-Reg. Runge), Reiser und Schwarz (beide f. Inf.-Reg. Plantier). Landsturm-Infanterie-Bataillone: IV Darmstadt, Deutsch-Krone (f. Erf.-Inf.-Reg. Runge), III Flensburg, II Frankfurt a. O., I Dagenau, II Heidelberg (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 109), I Liegnitz, I Löben, I Ostrow (f. Erf.-Inf.-Reg. Runge), Rybnik, Wehlau. Landsturm-Infanterie-Erf.-Kompanie: 2. Stralburg, Weiburg und Landsturm-Infanterie-Erf.-Kompanie Jauer. Jäger-Regiment Nr. 2; Bataillone Nr. 1, 4, 10 (f. Jäger-Reg. Nr. 2) und 14. Garde-

Maschinengewehr-Abt. Nr. 2; Feld-Maschinengewehr-Büge Nr. 79 und 140 (f. Inf.-Reg. Nr. 229); Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 3 (Thorn), 9 (f. Inf.-Reg. Nr. 341). Kavallerie: 3. Garde-Regiment; Kürassiere Nr. 2; Dragoner Nr. 2; Husaren Nr. 1, 4, 5; Ulanen Nr. 1, 2, 3; Jäger zu Pferde Nr. 11; Regiment v. Wedel. Feldartillerie: 1. und 4. Garde-Regiment; Regiment Nr. 4, 6, 9, 20, 46, 53, 62 (f. Feldart.-Reg. Nr. 46), 75, 76; Reserve-Regiment Nr. 47 und 51; Landwehr-Regiment Nr. 9. Fußartillerie: Regiment Nr. 1 und 7; Reserve-Regiment Nr. 15; Batterie Nr. 273; Schwere 15-Zentimeter-Kanonen-Batterie Nr. 4. Pioniere: I. Garde-Bataillon; Regimenter Nr. 18, 19, 20, 23, 24, 25, 29; Bataillone: I. und II. Nr. 1, II. Nr. 2, II. Nr. 3, I. Nr. 4, I. und II. Nr. 5, I. und II. Nr. 6, II. Nr. 9, I. und II. Nr. 10, II. Nr. 14, I. und III. Nr. 16, II. Nr. 21, I. Nr. 26, II. Nr. 27, I. Nr. 28; Reserve-Bataillone Nr. 32 und 33; Erf.-Bataillone Nr. 2, 3, 6, 26. Armierungs-Bataillone.

Der Schluss der bayerischen Verlustliste Nr. 222 bringt Verluste des Landsturm-Inf.-Bataillons Speyer; 7. Chevaulegers-Reg.; 1., 4., 9. und 11. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 6, 9; Landwehr-Feldart.-Reg. Nr. 6; Erf.-Feldart.-Reg.; Ref.-Füsilier-Reg. Nr. 1, 3, 6; Pionier-Bataillone: 1. München, 2. Speyer; Flieger-Abt. 6; Armeeflugpark „b. Strang“; Ref.-Pionier-Batt. Nr. 2, 4; 1. Landwehr-Pionier-Komp., 3. Armeekorps; 2. Landsturm-Pionier-Komp., 1. Armeekorps; Armierungs-Bataillone Nr. 1, 2, 3; Etappen-Hilfsbäckerei-Kolonnen, 2. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp.; Landwehr-Feldlazarett 5; Feldpost, 1. Landwehr-Division; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

## Frauen-Leseabende.

**Lichtenberg.** Freitag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, für alle sechs Viertel gemeinsam in Café „Bellevue“. Vortrag der Genossin Mathilde Bumm über: „Das weibliche Dienstjahr“. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

## Eingegangene Druckschriften.

**Heft 26 der „Neuen Zeit“** vom 24. September 1915 hat folgenden Inhalt: D. Neissen: Mary-Engels und Herr Professor Gust. v. Schmoller. — Wilhelm Koll: Bei der Stange bleiben! — Spekulator: Koloniale Wänsche und Probleme. — G. Schwelber (Gannover): Jubiläumstragen der Gemeindefortschbewegung. — Rudolf Hilferding: Sozialistische Betrachtungen zum Weltkriege. — Kollitz: Literarische Rundschau: Dr. Hermann Vech, „Die neue Kontinentalperle. Ist Großbritannien wirtschaftlich bedroht?“

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag.** Trocken und zunächst größtenteils heiter, in den Tagesstunden mäßig warm; in der Nacht zu Donnerstag nur noch an wenigen Orten leichter Frost, nachher im Südwesten beginnende Zunahme der Bewölkung.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeber für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Aufschlag und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anträgen, denen keine Abonnementzahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen Frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Equitstände und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**G. B. Kriegerfrau.** Reichsunterstützung und kaiserliche Unterstützung wird weitergezahlt werden, der Reichsunterstützung aber wird in Bezug kommen. — **W. 2. 38.** Wollen Sie die Anwartschaft aufrechterhalten, so müssen Sie nach dem ersten Kalenderjahr, in dem der erste Beitragsmonat zurückgelegt worden ist, mindestens acht Monatsbeiträge innerhalb der ersten zehn Jahre und mindestens vier Monatsbeiträge im elften Jahre und später zahlen. — **G. 321.** Es müssen besondere Bestandteile beigefügt gewesen sein, sonst dürfte dieses Wasser keine Rente hinterlassen. Da uns die Stoffe nicht bekannt sind, können wir auch Mittel zur Befestigung nicht angeben. — **P. G. 59/60.** Sie können ein solches Buch zum Preise von 1,50 M. und 3 M. haben. Wenden Sie sich bitte an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3. Eventuell zu beziehen durch ihren Zeitungsbezieher. — **Hoffnung 41.** Anwesenheit. Einziehung zum Militärdienst wird kaum noch erfolgen. — **N. 9. 999.** Allgemeine Körperverwundung, lungenkrank herkrank, Plättchen, dienstuntauglich. — **G. R. 1897.** 1. Ja. 2. Ein das Erf.-Bataillon des 1. Königl. Regiments, zu dem der Mann eingezogen wurde. 3. Nein. — **Abatberträge 10.** 1. Das Erbteil kann der Frau nicht zufallen, sondern nur ihrem Kinde. 2. Nein, die Altersrente für die Wehrpflicht ist über 45 Jahre nicht hinaufgeleitet. — **Z. G. Neudöku 100.** Alimentationsklage könnte jetzt noch erfolgen. Sie erscheint aber ansichtslos, wenn der Mann nur Anwartsrente bezieht. — **R. R. 22.** 1. Besondere Auswendungen im Krankheitsfalle usw. müßten Sie noch außer der Alimentation begleichen. 2. Ja, mit Zustimmung des Vormundes. 3. und 4. Nein. — **R. 2. 49.** 1. Er kann Anspruch auf Rente und auf den Zivilversorgungschein erheben. 2. Die Ausweisung aus dem Militärverhältnis wird natürlich vorher erfolgen. Dann erst wird der Antrag an die Landesversicherungsanstalt auf Übernahme eines Teilverhaltens gestellt werden. 3. Ja. 4. Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und Hinterbliebenen, vom Vorwärts-Verlag zu beziehen. — **23. G. 25.** 1. Ja. 2. Das Bezirkskommando hat damit nichts zu tun. — **Zwei Weibende.** Ja, denn die Strafe ist durch den Antritt der Kaiserin aufgehoben. — **R. 2. 100.** Allgemeine Körperverwundung, dienstuntauglich. — **A. 1.** Der alte Reichsvertrag geht auf den neuen Hausvertrag über. Sie können nur kündigen nach dem im Reichsvertrag festgelegten Bestimmungen. — **Z. A. 82.** Das müssen wir nicht, und auch die Direktion der Straßenbahn wird Ihnen das nicht mitteilen. — **R. 2. 12.** Die Militärverwaltung zahlt die Kosten nicht. Es ist möglich, daß das Krankenhaus die Verpflegungskosten von Ihnen verlangt. Sie könnten dann um Wiedererstattung der Kosten ersuchen. — **G. R. 1.** Nein. 2. Es bedarf dazu immer erst Ihrer Einwilligung. — **H. 650.** Dohler Rücken, geringer Plättchen. Zur Artillerie verwendungsfähig, nicht zur Infanterie. — **23. 26. 101.** Die Leichen beziehen sich nicht auf die Krankheit, sie sind die Nummern der Vorstellungsliste. — **G. 2. 40.** Fürsorgeerziehung wird deswegen nicht angeprochen. Der Junge wird hoffentlich mit einem ernstlichen Beweise davonkommen. — **Z. 3.** Nein.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Anton Wenzel** am 20. September im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes, Wilhelmberg, aus statt.

### Deutscher Buchhändlerverband.

Jahrestage Berlin. Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Eduard Hintze** nach langem Leiden gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 23. September, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Neudöku, Mariendorfer Weg, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. 23/16 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Hammerschmidt** am 16. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** 11/9/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Hammerschmidt** am 16. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** 11/9/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Hammerschmidt** am 16. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** 11/9/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Hammerschmidt** am 16. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** 11/9/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Hammerschmidt** am 16. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** 11/9/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Hammerschmidt** am 16. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** 11/9/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Hammerschmidt** am 16. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** 11/9/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Hammerschmidt** am 16. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** 11/9/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 10 Uhr, in den Ruffier-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31: **Branchen-Versammlung** aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenebauer und Arbeiterinnen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ed. Bernstein über: „Weltwirtschaft und nationale Volkswirtschaft.“ 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer, Stanzer, Schnitnarbeiter, sowie alle an Maschinen beschäftigten Arbeiterinnen eingeladen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 23: **Versammlung** der Kesselschmiede von Berlin u. Umg. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Naumann. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Borfig und Schwarzkopff sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 23: **Versammlung** der Kesselschmiede von Berlin u. Umg. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Naumann. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Borfig und Schwarzkopff sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 23: **Versammlung** der Kesselschmiede von Berlin u. Umg. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Naumann. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Borfig und Schwarzkopff sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 23: **Versammlung** der Kesselschmiede von Berlin u. Umg. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Naumann. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Borfig und Schwarzkopff sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Montag, den 27. September 1915: **Bezirks-Versammlungen** für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen: Norden: Pharusalle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr. Norden: Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr. Moabit: Sands Festsäle, Senefelderstr. 9, abends 8 1/2 Uhr. Charlottenburg: Volkshaus, Rosenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr. Reinickendorf-West: Eichbornstr. 60, abends 8 1/2 Uhr. Westen und Schöneberg: Vereinshaus, Schöneberg, Ganpstr. 5, abends 8 1/2 Uhr. Osten: Comeniusalle, Memier Str. 67, abends 8 1/2 Uhr. Lichtenberg: Restaurant Kurkowski, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr. Stralau-Rummelsburg: Blume, Alt-Vorhagen 56, abends 8 Uhr. Weißensee: Restaurant Peukert, Berliner Allee 251, abends 8 Uhr. Südenbezirke: Süd-Ost, Waldemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr. Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstraße 151/152, abends 8 1/2 Uhr. Steglitz: Schellhases Festsäle, Hornstr. 15a, abds. 8 1/2 Uhr. Köpenick und Friedrichshagen: Restaurant Lehmann, Köpenick, Bahnhofsstr. 44, abends 8 1/2 Uhr. Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.: Restaurant George, Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 44a, abends 8 1/2 Uhr. Spandau: Restaurant Dertz, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung. 2. Die Erörterung der Frage der starken Vermehrung der Frauenarbeit in der Metallindustrie. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. 11/9/16 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 23: **Versammlung** der Kesselschmiede von Berlin u. Umg. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Naumann. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Borfig und Schwarzkopff sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 23: **Versammlung** der Kesselschmiede von Berlin u. Umg. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Naumann. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Borfig und Schwarzkopff sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 23: **Versammlung** der Kesselschmiede von Berlin u. Umg. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Naumann. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Borfig und Schwarzkopff sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. **Veranstaltung** Sonntag, den 26. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Straße 23: **Versammlung** der Kesselschmiede von Berlin u. Umg. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Naumann. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Borfig und Schwarzkopff sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

## Eintrittskarten

für Festslichkeiten jeder Art liefert zu soliden Preisen schnellstens die Vorwärts Buchdruckerei Berlin S.B. 68, Lindenstraße 3